

Eskalation der Kriminalisierung und Bedrohung der Menschenrechts- verteidiger_innen in Guatemala

Eine Fallstudie zur Situation in Zacapa und Chiquimula –
Gemeindegebiet der Iglesia Luterana Guatemalteca (ILUGUA)

1. Einleitung	2
2. Die Region Zacapa und Chiquimula.....	3
2.1 Die Hauptkonflikte in der Region	3
2.2 Die Hintergründe der Konflikte in der Region	5
3. Iglesia Luterana Guatemalteca (ILUGUA).....	6
3.1 ILUGUA und ihre Projekte	6
3.2 Die Konfliktsituation in der Gemeinde der Kirche ILUGUA.....	7
3.3 Die Aktion „No al Candado“	8
4. Allgemeiner Hintergrund: Guatemala nach dem Friedensschluss ohne Frieden.....	10
4.1 Das Fehlen eines integralen Projekts für die ganze Nation in Zeiten des Post-Paz ..	10
4.2 Die Auseinandersetzung um die Frage der Konsultationen	12
4.3 Die Regierungspolitik der „cero tolerancia“	13
4.4 Polarisierung der öffentlichen Meinung	14
4.5 Bedeutung und Erfolge der Menschenrechtsverteidiger_innen	15
5. Die Eskalation der Kriminalisierung und Bedrohung gegen Menschenrechtsverteidiger_innen in den letzten beiden Jahren.....	17
5.1 Daten zur Eskalation der Kriminalisierung	17
5.2 Methoden der Bedrohung und Kriminalisierung im Kontext der sozialen Konflikte	18
5.2.1 Der Fall „Las Tres Niñas“ und vergleichbare Fälle.....	19
5.2.2 Der Fall ILUGUA	20
5.2.3 Die Fälle Carlos Hernández, Jose Pilar und korrespondierende Fälle.....	21
5.2.4 Bedeutung der Unterstützung vor Ort und auf nationaler und internationaler Ebene	23
6. Quellen.....	24
7. Anhang.....	25

Autorinnen

Studie wurde durchgeführt von Dr. Barbara Dröscher, Mitarbeit Anna Rose Stobbe, E-Mail: barbara.droescher@gmx.de

Wir geben die Quellen, auf die wir uns in dieser Studie stützen, jeweils in Klammer in Kurzform an. Ein Glossar mit Informationen zu den Quellen findet sich am Ende der Studie.

1. Einleitung

Der Anstieg der Zahl der Fälle von Kriminalisierung und Bedrohung von Menschen in Guatemala, die sich für die Verteidigung von Menschenrechten und der Umwelt einsetzen, ist alarmierend. Im Vergleich zum Vorjahr gab es 2013 entsprechend der Angaben der Menschenrechtsorganisation UDEFEGUA mit 658 Übergriffen mehr als doppelt so viele wie zuvor. Brot für die Welt musste, wie manche andere Organisationen der internationalen Zusammenarbeit, feststellen, dass die Partnerorganisationen bzw. Initiativen in ihrer Projektarbeit dadurch blockiert wurden, dass sie sich ständig mit haltlosen Anzeigen, Diffamierungen, Morddrohungen, Androhung von Gewaltakten und auch tatsächlich mit Morden auseinandersetzen mussten. Der steile Anstieg der Aggressionen steht in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit dem von der internationalen Gemeinschaft gestützten Prozess gegen den ehemaligen Militärdiktator Ríos Montt. Die öffentliche Verhandlung der Menschenrechtsverletzungen in den Jahren des Bürgerkriegs ließ nun die Verdrängung des Völkermords an den indigenen Gemeinden nicht mehr zu.

Während sich die allgemeinen Grundlagen der sozialen Konflikte in Guatemala, die in der selbst im Vergleich mit anderen zentralamerikanischen Staaten extrem ungerechten Verteilung von Grund- und Boden, Reichtum und Armut besteht, nicht verändert haben, hat sich die konkrete Interessenkonstellation jedoch seit der Transition und insbesondere mit der Orientierung der Regierungen auf internationale Megaprojekte im Bergbau und Energiebereich verschoben. Wieweit dabei auch die besondere Rolle Guatemalas im Drogenhandel und Machenschaften der Drogenmafia in der Wirtschaft und staatlichen Institutionen eine Rolle spielen, bleibt im Dunkeln.

Gleichzeitig ist als Effekt der Friedensabkommen und begonnenen Aufarbeitung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sowie im Kontext der Globalisierung eine zunehmende Artikulation und Anerkennung indigener Interessen festzustellen. In Guatemala führte dies seit der Jahrtausendwende zu einer verstärkten Selbstidentifikation als Mayavölker und damit zu einem Empowermentprozess mit dem Anspruch auf gesellschaftliche Partizipation, den die rassistisch geprägte Oberschicht mit aller Kraft abwehrt. Die Spaltung des Landes in ländliche und urbane soziale Netzwerke bzw. Gemeinschaften mit ihren entsprechenden Vorstellungen von Guatemala, behindert die Bildung einer pluralistischen Zivilgesellschaft, so dass polarisierende Diskurse, wie sie aktuell von extrem rechtsgerichteten Kreisen aufgelegt werden, die gesellschaftlichen Konflikte als durch Dialog kaum lösbar erscheinen lassen.

Insbesondere das Regierungsprogramm der aktuellen Regierung und die von der militärischen Denkweise bestimmten Durchsetzungsstrategien bei der Implementierung industrieller Großprojekte, ohne Rücksicht auf lokale und regionale Ökonomien und soziale Bedingungen, provoziert erheblichen Widerspruch in den betroffenen Regionen.

Mittlerweile reagiert die internationale Öffentlichkeit. Doch im Land selbst scheinen Regierung und mächtige Wirtschaftssektoren selbst von der Drohung des US-Präsidenten Obama in Bezug auf die Wiedergutmachungen im Kontext der Menschenrechtsverbrechen am Staudamm Chixcoy nicht beeindruckt zu sein. Auch der Bericht des Sonderberichterstatters der UNO, Anaya, die verschiedenen Klagen beim Interamerikanischen Gerichtshof oder Prozesse in den Ländern der Megaprojektbetreiber, noch die Studie des renommierten Robert F. Kennedy Center (RKC) über die Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger_innen scheinen Wirkung zu zeigen, wie die Eskalation der gewalttätigen Übergriffe, Kriminalisierungsversuche und Diffamierungen belegt.

Die Angriffe auf den Menschenrechtsverteidiger José Pilar Alvarez Cabrera (ILUGUA) und der Mord an Carlos Hernández in der Region Zacapa/Chiquimula sind in diesem Sinn Beispiele

sowohl allgemeiner als auch besonderer Art. Hier spielen die Konflikte um das Megaprojekt eines Wasserwerks im Gebiet der indigenen Gemeinden der Chortís und auch der Konflikt um den Erhalt des die Lebensgrundlage Wasser spendenden Regenwaldes eine entscheidende Rolle. Die Gemeinden wehren sich gegen den Raubbau am Waldbestand durch viehzüchtende und Gewinn aus dem Holzschlag ziehende Großgrundbesitzer und haben mit ihrem Protest den Bau des Wasserkraftwerks „Las Tres Niñas“ vorerst abgewehrt.

2. Die Region Zacapa und Chiquimula

2.1 Die Hauptkonflikte in der Region

Die Provinzen Zacapa und Chiquimula im Osten des Landes zeichnen sich durch Trockenheit aus. Es ist die trockenste Zone von ganz Zentralamerika – der sogenannte „corredor seco“. Entsprechend lokaler Informationsquellen haben die Kleinbauern in den Provinzen Baja Verapaz, Chiquimula, El Progreso, Jalapa, Jutiapa, Santa Rosa und Zacapa in den letzten Jahren zwischen 50 und 80 Prozent ihrer Ernte an Bohnen und Mais eingebüßt. Als Antwort auf diese Krise hatte der vormalige Präsident in seiner Regierungszeit den Notstand in dieser Zone ausgerufen. Die Unterernährung der Kinder brachte die Organisationen vor Ort dazu, ein exemplarisches Gerichtsverfahren gegen den Staat anzustrengen.

Mitte November 2011 unterstützte das von 14 Basisorganisationen und NGOs getragene Programm „Guatemala sin Hambre“ (Guatemala ohne Hunger) ein Gerichtsverfahren wegen der Verletzung des Rechts auf Ernährung, des Rechts auf Leben, des Rechts auf Gesundheit, auf Bildung, und des Anrechts auf eine angemessene Lebensweise und Wohnung. Der Staat wurde wegen unterlassener Hilfeleistung angeklagt, weil fünf Minderjährige, drei Mädchen und zwei Jungen, aus vier Familien aus Comotán an schwerer Unterernährung litten.

„Dies war ein noch nie dagewesenes Gerichtsverfahren, bei dem wir die Dinge derart gut dokumentieren konnten, dass wir ein ebenso nie dagewesenes Urteil erwarten,“ berichtet Omar Jerónimo von der Central Campesina Chortí Nuevo Dia, die damit beauftragt war, die Fälle, die vor Gericht kamen, auszusuchen.

Das Bergmassiv „Las Granadillas“ zwischen Chiquimula und Zacapa gehört zu der Zone, in der sich der Sitz der Lutherischen Kirche ILUGUA (Zacapa) und der indigenen Organisation Central Campesina Chortí Nuevo Dia (Jocotán/Chiquimula) befinden. Die Ausläufer des Bergmassivs enden bei 150 m ü. NN, der Teil des Feuchten Regenwaldes befindet sich in der Höhe zwischen 1400 und 1800 m. Die Bedeutung dieses Bergs für die Region liegt in seiner Funktion als Wasserspeicher, der von mehr als 200 000 Bewohner_innen als die einzige bzw. hauptsächliche Quelle von Wasser dringend gebraucht wird. [pbi-fp} Diese Zahl erhöht sich beachtlich, wenn man den benachbarten Berg von La Union in Zacapa und Chiquimula dazu nimmt, der auch als Wasserquelle dient. In einer am 14. Oktober 2011 von der „Asociación para la Protección, Defensa y Restauración de la Montaña Las Granadillas Zacapa y Chiquimula“ (APMG), der ILUGUA, der „Grupo Apoyo Mutuo“ (GAM) und der Umwelt-NGO „Madreselva“ herausgegebenen Erklärung wird gefordert, dass der guatemaltekeische Staat die Zone zum Naturreservat „Reserva Protectora de Manantiales“ erklärt, um das Menschenrecht auf Wasser für die Bewohner von Zacapa und Chiquimula zu sichern. [madreselva]

Der zweite existentielle Konflikt der Region wurde durch die Planung eines Wasserkraftwerks in Las Flores in der Provinz Chiquimula ausgelöst. Im Frühjahr 2011 hatte das guatemaltekeische

Energie- und Bergbauministerium dem Unternehmen „Las Tres Niñas“ den Bau eines Wasserkraftwerks im Tal des Río Grande genehmigt – ohne, wie gesetzlich vorgeschrieben, die betroffenen indigenen Gemeinden zu konsultieren. Rund 18.000 Personen wären von dem Wasserkraftwerk betroffen, allein 450 Familien in Las Flores. Der Stausee soll zwölf Kilometer lang, 400 Meter breit und hundert Meter tief werden. Unzählige Felder und Häuser würden überflutet und die Menschen aus dem Gebiet vertrieben werden. Die Protestbewegung hatte mit einer von ILUGUA mit betriebenen Klage Erfolg und das Projekt wird wahrscheinlich gestoppt werden.

Eine in die aktuelle Situation hineinwirkende Eigenheit der Region ist es, dass der Osten während des bewaffneten Konflikts ein Gebiet war, in dem das guatemaltekeische Militär in besonderem Maße Soldaten rekrutierte. Viele der Menschen haben militärische Erfahrung und auch die alltäglichen Konflikte werden mit Waffen ausgetragen. Niemanden überrascht es, eine Person mit der Pistole im Gurt zu sehen. Die Menschen werden als aufbrausend, gewalttätig und machistisch beschrieben, ein Bild, was natürlich vor allem in Bezug auf die Männer gepflegt wird. Außerdem haben sich Gruppen von *Sicarios* gebildet, in denen sich häufig Söhne der Paramilitärs, die während des Krieges aktiv waren, zusammenfinden.

In der ganzen Region, wenn auch konzentriert in Chiquimula, wohnen in den Gemeinden Menschen, die sich als Indigene mit Maya-Herkunft identifizieren, die Chortí, und an manchen verstreuten abgelegenen Orten findet man auch noch Gemeinden der Xinca. Allerdings versteht sich die Mehrheit der Bevölkerung hier als „Ladino_as“, und meinen damit sie seien Abkommen der spanischen Kolonialherren. [FLACSO, II, 471]. Die Beziehungen zwischen der örtlichen Staatsmacht, von dem Bezirksbürgermeister bis zur Politik, dem Militär und den Großgrundbesitzern der Gegend, in der Mehrheit Viehzüchter, (im Folgenden nennen wir sie Finqueros) sind eng und verschlungen. In einem Fall, der in der Kriminalisierung von ILUGUA eine Rolle spielt, geht das so weit, dass der am Konflikt um „Las Granadillas“ wesentlich beteiligte Finquero zugleich als Richter in diesem Konflikt fungierte.

Als zusätzlicher Faktor muss die Verbindung zur Provinz Petén gesehen werden, die die höchste Präsenz der Drogenmafia aufweist und in der auf großen ausgedehnten Ländereien Monokulturen für Biosprit angebaut werden. Über die Arbeitsbedingungen in diesen Plantagen wird gesagt, dass sie der Sklaverei nahe kommen. [Samayoa]

Die auf das organisierte Verbrechen spezialisierte Organisation InsightCrime berichtet in einer Studie über die Machtstrukturen im Petén: Mächtige Wirtschaftsgruppen von Familien beherrschen den Bezirk jenseits gesetzlicher Ordnung. Sie kontrollieren die Wahlen, die öffentlichen Baumaßnahmen, den Grund und Boden und die staatlichen Institutionen, und bilden ein Netzwerk, das es ihnen ermöglicht sowohl wirtschaftlich, auf kriminellem Weg, bei Rechtsfragen und in der Politik ihren Nutzen zu ziehen und sich dabei soziale Legitimation zu verschaffen. Es gibt eine enge Beziehung zwischen den exportorientierten Agrarbetrieben, dem Sicherheitspersonal und den aus der Zeit des bewaffneten Konflikts fortbestehenden paramilitärischen Strukturen, dem Militär, den Ex-Militärs, und dem heute von den Zetas aus Mexiko dominierten organisierten Verbrechen. Unter den Mächtigen mit dem illegalen Handel verbundenen Gruppen im Petén findet sich auch unter anderen die Familie Lorenzana, die aus Zacapa stammt. [IC] Im Juni 2013 geriet auch Zacapa wegen der Drogenmafia in der Region anlässlich der Auseinandersetzung konkurrierender Banden in den Fokus der Öffentlichkeit [eP

17.6.13], was aber nach den Aussagen der im Rahmen unserer Studie Befragten wenig unmittelbaren Einfluss auf die Konflikte hat, in denen ILUGUA sich engagiert.

2.2 Die Hintergründe der Konflikte in der Region

Auf dem Bergmassiv „Las Granadillas“ befinden sich große Viehzuchtländereien von Großgrundbesitzerclans, die darum bemüht sind ständig ihre Weiden auszudehnen und das Holz aus den abgeholzten Wäldern auf dem nationalen und internationalen Markt zu verkaufen. Nach Honduras liegt Guatemala an der Spitze der Holzexporteure Zentralamerikas. Aus den Familien der Finqueros Guatemalas stammen heutzutage die Eigentümer von Industrien mit eigenen Produktionsketten, Banken, Börsen und sie dominieren die politischen Parteien. [Palencia Prado]

In der Region Zacapa/Chiquimula finden sich nebeneinander verschiedene Formen des Grund und Bodens: privater Landbesitz, Gemeindeländereien, Ländereien in Hand der Provinzen und des Staates. Im Fall des Kreises Jocotán, in der Provinz Chiquimula, spricht man außerdem von Landbesitz der „Stadt und ihrer Nachbarn“. Begleitet von Juristen hat die Gemeinde Las Flores in Jocotán es als erste gewagt, die Eintragung von Gemeindeland ins Grundbuch zu beantragen und damit einen Rechtstatus für Gemeindeland zu schaffen. Im Fall einer positiven Entscheidung hätte dies eine grundlegende Bedeutung für das ganze Land. Denn die Bewohner von Gemeinden, und insbesondere von indigenen Gemeinden, die gemeinsamen Grund und Boden oder indigenes Gemeindeland bewirtschaften, besitzen in der Regel keine registrierten Landtitel. In dem Moment, in dem es Auseinandersetzungen um das Eigentum an Grund und Boden gibt, wie in den Gebieten, in denen Wasserkraftwerke gebaut werden, wird dies zu einem wesentlichen Aspekt des Konflikts. [Ramirez]

Ein weiterer Konflikt um Grund und Boden entsteht durch die Aneignung von Land wie im Fall des sogenannten „canal interoceánico“. Am 25.1.2013 berichtet die guatemaltekische Tageszeitung El Periódico das vorläufige Ende des Megaprojekts, das die Region Zacapa und Jocotán betreffen würde. Es ist eines der Lieblingsprojekte des seit 2012 amtierenden Präsidenten Otto Pérez Molina, das ohne vorherige Konsultation als Projekt von „öffentlichem Nutzen und nationalen Interesse“ aufgelegt wurde. Die Äußerung des Präsidenten diene den Militärs, die das Projekt des Kanals betrieben, die Bewohner in der Zone des Kanals zum Verkauf ihrer Ländereien zu für diese äußerst ungünstigen Bedingungen zu zwingen. Viele taten dies, um nicht alles zu verlieren. [Paíz]

Die Zeitung berichtet, dass die als erster großer Investor angekündigte Eurogas Enterprise sich als Betrugsunternehmen herausgestellt habe und die Landbesitzer, die an dieses verkauft hatten, seit zwei Jahren die über dem Normalwert liegenden versprochenen Zahlungen nicht erhalten haben. Weitere Investoren blieben unter anderem aus, weil sie die Wirkung der Eingabe von Abgeordneten der UNE (Unidad Nacional de la Esperanza, Nationale Einheit der Hoffnung) wegen „inconstitucionalidad“ und den Protest fürchteten. Dem Bericht der Zeitung zufolge reklamieren Bürgermeister der betroffenen Regionen, dass es keinen Raum für Partizipation an der Planung, keinerlei Beteiligung der indigenen Gemeinden und ungemein viele Fragen ohne Antworten gebe. Der Präsident der Bischofskonferenz in Guatemala sieht im interozeanischen Korridor eine Möglichkeit der Entwicklung, die aber schließlich nur einem kleinen Teil der Gesellschaft zu Gute komme. [ep12.2.14]

Das Vorgehen der Betreiber von Megaprojekten in der Auseinandersetzung um Grund und Boden in der Region Zacapa und Chiquimula korrespondiert mit anderen Fällen, die auf nationaler und

internationaler Ebene Aufsehen erregten. Etwa der Fall der Plantagen im Petén, auf denen Ölpalmen für Biotreibstoff angebaut wird, was die Gemeinden von Sayaxché betrifft¹, sowie der Fall im Tal von Polochic in der Region Alta Verapaz², einer ausgesprochen fruchtbaren Zone, wo es um eine Zuckerproduktionsanlage geht und die q'eqchi Gemeinden betroffen sind.

3 Iglesia Luterana Guatemalteca (ILUGUA)

3.1 ILUGUA und ihre Projekte

ILUGUA entstand 1995 um die Menschen in den ländlichen Regionen der Provinzen Zacapa und Chiquimula seelsorgerisch zu begleiten und durch Programme von nachhaltiger Landwirtschaft, Menschenrechts- und Genderarbeit und dem Aufbau von Kirchengemeinden zu unterstützen. Ihre grundsätzliche Aufgabe sieht ILUGUA in der Förderung ethischer christlicher Werte im Zusammenleben der Menschen, wie die der Solidarität, Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Gerechtigkeit, gegenseitige Unterstützung, demokratische Partizipation und Respekt vor dem Leben und der menschlichen Würde. Dies gilt auch insbesondere in dem Bereich der Förderung der Menschenrechte und der Friedenskultur. Dazu will sie aus ökumenischer Sicht Raum für Austausch von Erfahrungen, Einsichten und Wissen über nachhaltige Methoden in der Landwirtschaft, über Gesundheitsfragen in der Gemeinde, über die Erfahrungen in der Verteidigung und Förderung der Menschenrechte, des Wassers, der Natur und der gleichberechtigten Partizipation, insbesondere auch mit Blick auf die Geschlechterfrage, schaffen. [ILUGUA]

Die Casa Campesina in Zacapa auf dem Weg zur Ortschaft La Trementina, deren Einrichtung von der Württembergischen Landeskirche gefördert wurde, bietet einen solchen Raum. Sie ist ein Ort der Begegnung, und ihr Garten zugleich ein Beispiel integraler Bodenbewirtschaftung. Eine überraschende Vielfalt von Obst und Nutzbäumen, Gemüse, Getreide und Heilkräutern zeigt die Wirkung der nachhaltigen Landbearbeitungsmethoden, die die Erosion verhindern und die Bodenfruchtbarkeit wesentlich verbessern. Die Vermittlung des Wissens geschieht durch die praktische Mitarbeit der Promotor_innen des Projektes „Desarrollo Integral de las Comunidades Campesinas de Zacapa-Chiquimula, Guatemala“. Sie sorgen nicht nur für die Weitergabe von Schösslingen und Samen, sondern unterstützen vor allem den gegenseitigen Erfahrungsaustausch der Kleinbäuer_innen. Zusätzlich regt die ILUGUA bei den Familien im Rahmen der Aufforstung das Pflanzen von Obstbäumen wie Zitrus- und Mangobäume an, ebenso die Haltbarmachung von Ernteüberschüssen um eine vielfältigere und ausreichende Ernährung zu ermöglichen.

¹ Wie das World rainforest movement berichtet passierte im Petén folgendes: In den letzten zehn Jahren erlebten die Gemeinden in Sayaxché einen Prozess der Landaneignung von Seiten der Palmenfirmen. Diese setzen dabei unterschiedliche Strategien ein. Sie kaufen Land von Familien von Bauern und Indigenen, von Viehzüchtern und ganzen Gemeinden. Sie üben dabei häufig Druck aus und bedrohen die Menschen, um ihre Ziele zu erreichen. Dabei fallen Sätze wie: „Wenn Du nicht an uns verkaufst, werden wir mit Deiner Frau verhandeln“, die unterschwellig die Drohung beinhalten, wenn der Mann nicht verkauft, dann werden sie ihn umbringen und mit seiner Frau verhandeln. [wrm]

² Im Tal von Polochic in der Region Alta Verapaz spielt sich eine weitere Szene des komplexen Konfliktes um Land ab, in dem sich das historisch entstandene strukturelle Problem des Zugangs um Land zeigt. In diesem Fall handelt es sich um das Projekt einer Zuckerproduktionsanlage mit riesigen Ausdehnungen der Zuckerplantagen. Das problematische Vorgehen der Firma ist in der Studie „Los desalojos en el Valle- de Polochic – una mirada a la problemática agraria y a la defensa de los derechos humanos de las comunidades q'eqchi's“ der Hohen Kommission der UN für die Menschenrechte ausführlich dargestellt. Dort wird berichtet, dass in Alta Verapaz am 15. März 2011 ein Kontingent von ungefähr 250 Soldaten und Polizisten eingesetzt wurde, um die Landvertreibung in Agua Caliente, Telemán und Panzos durchzusetzen. Die vom Richter angeordnete Vertreibung dehnt sich auf 14 betroffene Gemeinden, insgesamt 732 Familien aus. [OACDH-cms]

Die Promotor_innen der Casa Campesina fördern in den umliegenden Gemeinden die Anlage von Gärten, die dem Vorbild des Gartens in der Casa Campesina gleichen. Diese dienen vornehmlich der Selbstversorgung der Familien. Der Erfolg dieser Anbaumethode überzeugt immer weitere Kleinbauern. Sie erleben auf ihren kleinen Parzellen, dass der Ertrag höher und ihre Ernährung vielfältiger wird. In diesem Zusammenhang wird auch das in den Familien z.T. noch vorhandene Wissen über die örtlichen Heilpflanzen und deren Anwendung aufgenommen und gewürdigt.

Für ihre Arbeit findet ILUGUA starke Unterstützung durch Brot für die Welt. So eröffnete ILUGUA 2007 die 49. Aktion von Brot für die Welt in Marburg und im Jahr 2012 wurde mit ILUGUA die 54. Aktion von Brot für die Welt / EED eröffnet. Um den Schutz zu verbessern und die Solidarität effektiver zu machen, bildete sich in Deutschland ein Netzwerk für die Lobby – und Schutzarbeit in Guatemala, in dem die Hilfswerke und kirchlichen Strukturen (Kirchenleitungen und Gemeinden) mit Menschenrechtsorganisationen und der Politik (Auswärtiges Amt, Botschaften, Bundestag) verlässlich und kontinuierlich zusammenarbeiten. Seit 2008 hat die Kirchengemeinde Mühlhausen eine Partnerschaft mit der ILUGUA, und der Kirchenbezirk Ulm (KBA und Bezirkssynode) sowie der ACK Ulm/Neu-Ulm beteiligen sich an dieser Schutzpartnerschaft mit dem Ökumenischen Christenrat Guatemalas seit dem Jahr 2010. Im Rahmen dieser Schutzpartnerschaft findet der ökumenische Jugendaustausch 2012 / 2013 / 2014 statt. Unterstützt wird ILUGUA außerdem vom Gustav Adolf Werk und der ökumenischen Initiative Mittelamerika in Stuttgart.

3.2 Die Konfliktsituation in der Gemeinde der Kirche ILUGUA

ILUGUA in Zacapa sah zunächst ihre wesentliche Aufgabe in der Begleitung der Familien der Gemeinden bei der Aufarbeitung des Bürgerkriegs. So förderte sie die Gründung eines Komitees der Familien von Opfern der bewaffneten Auseinandersetzung, „Comité de Víctimas de la Represión de Zacapa“, das sich der Sammlung von Testimonios zur Rekonstruktion des Geschehens widmete. Mit Hilfe der „Fundación de Antropología Forense de Guatemala“ und der „Asociación de Familiares de Detenidos y Desaparecidos de Guatemala“ wurden Grabungen im ehemaligen Militärstützpunkt im Dorf La Trementina durchgeführt. Jedoch brachten diese keine Funde, und das Bedürfnis der Familien ihre Opfer zu begraben konnte nicht gestillt werden. Aber es entstand nicht nur ein Buch über die Geschehnisse in Zacapa, sondern vor allem kam ein Prozess der Erinnerungsarbeit in Gang, der zu neuen Perspektiven führte, wie der Titel des Buches schon ausdrückt: „Tiempo de Callar, Tiempo de Hablar – Estamos empezando“. (Zeit des Schweigens, Zeit des Sprechens – wir beginnen)

ILUGUA knüpfte an diese Gedächtnisarbeit an und nutzte den entstandenen Raum in den Gemeinden und die Netzwerke, um eine auf die Gegenwart und Zukunft gerichtete Kultur des Friedens anzuregen, wobei die Sorge um ein nachhaltiges bäuerliches Wirtschaften, die Nahrung und das Problem der Wasserversorgung in den Vordergrund rückte.

Die Menschen dieser Gegend wohnen in Streusiedlungen in selbstgebauten Hütten aus Lehmziegeln. Traditionell bestellen sie ein kleines Stück Berghang mit Mais und Bohnen. Es gibt kaum monetäre Einkommensquellen und die jungen Männer nehmen weite Wege ins fruchtbare Tal auf sich, um dort vornehmlich in den Melonenplantagen zu arbeiten. Aber Arbeit für unausgebildete Kräfte, selbst als Tagelöhner, gibt es nur wenig, und die Bodenverknappung durch die Ausdehnung der Viehweiden macht die Anlage neuer Parzellen fast unmöglich. Die Ausdehnung des Weidelandes, die Abholzung der Wälder und auch die landwirtschaftliche Nutzung durch

traditionelle Anbauweisen der Kleinbauern hat schon zu einer erheblichen Bodenerosion in der Umgebung des Bergzugs „Las Granadillas“ geführt. Entsprechend fehlt es vielen Familien nicht nur an ausreichendem Einkommen, sondern auch an Land um ein menschenwürdiges Leben führen zu können.

Das Friedensabkommen von 1996, das die damalige Regierung und die Guerilla aushandelten, enthält unter anderem Verfassungsrechte für die indigene und Landbevölkerung, die im Alltag oft nicht eingehalten werden und den Betroffenen auch nicht bekannt sind. [Paíz] So sieht ILUGUA ihre Aufgabe auch in der Information darüber und setzt sich gemeinsam mit der ländlichen Bevölkerung für das Recht auf Zugang zu Land ein.

Zu einem zentralen Problem hat sich die Versorgung mit Wasser entwickelt. Verantwortlich dafür sind in erster Linie die Finqueros durch den Holzschlag. Bereits 80 Prozent des Waldes sind vernichtet. Die Gemeinden der ILUGUA empfinden das Versiegen der Quellen als existenzielle Bedrohung. Jedes Jahr wird die Versorgung knapper und im Frühjahr dieses Jahr (2014) fließt in manchen Gemeinden schon gar kein Wasser mehr durch die Wasserleitungen von den Bergen. Seit 2004 setzt sich ILUGUA in der Asociación para la Protección, Defensa y Restauración de la Montaña Las Granadillas Zacapa y Chiquimula (APMG – Verein für den Schutz, die Verteidigung und Wiederaufforstung des Bergmassivs Las Granadillas, Zacapa und Chiquimula) gemeinsam mit Menschen aus den kleinbäuerlichen Gemeinden für den Erhalt der Nebelwälder auf dem Bergmassiv als „Trinkwasserspeicher“ für die Gesamtregion ein.

Der Konflikt um den Nebelwald spielt eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung zwischen den kleinbäuerlichen, teilweise indigenen Gemeinden und den Finqueros. Durch die Unterstützung verschiedener Menschenrechtsverteidiger_innen ist es der APMR gelungen den Konflikt um das Waldgebiet auf „Las Granadillas“ im Januar dieses Jahres sogar in die nationale Presse zu bringen. Gemeinsam mit der Central Campesina Chortí Nuevo Día, unterstützt von ILUGUA, der Madreselva, dem Consejo Ecueménico, und verschiedenen Menschenrechtsorganisationen, sowie schließlich auch von internationaler Seite, wie Brot für die Welt, pbi und die norwegische Kirche, kämpfen die betroffenen Gemeinden für den Schutz des Wassers und ihren Lebensraum. Auf ihre Entschiedenheit antworten die Viehzüchter und die mit ihnen verbundenen Kräfte mit massiven Einschüchterungsversuchen und der Verbreitung von Angst und Schrecken durch gewalttätige Übergriffe. Im Zusammenspiel mit den ihnen teilweise sogar verwandtschaftlich verbundenen Beamten_innen der Strafverfolgung auf unterer Ebene versuchen die Gegner des Naturschutzprojekts dessen Sprecher, unter anderen den Pfarrer der ILUGUA, José Pilar Alvarez Cabrera, zu kriminalisieren und diskriminieren.

3.3 Die Aktion „No al Candado“

Der Konflikt um das Recht auf Wasser begann im Jahr 2003. Die Wasserkomitees der Gemeinden kamen zu ILUGUA und suchten Unterstützung in ihrer Sorge um die Zerstörung des Regenwaldes. Im Oktober dieses Jahres hatte die Gemeindeverwaltung von Zacapa einer Vereinigung von Finqueros, der ADIPAZ (Asociación de Desarrollo Integral en la Parte alta de Zacapa), die Nutzungsrechte an diesen Wäldern auf einer Fläche von 7 caballerías (etwa 315 ha) auf unbestimmte Zeit übertragen. Die Zweckbestimmung lautete auf Konservierung, Unterhaltung und Ressourcenmanagement. Begründet wurde diese Verordnung damit, dass sie dem Schutz des Ökosystems und der Umwelt, vor Beschädigung durch Waldbrände sowie dem Schutz vor dem Fortschreiten der landwirtschaftlichen Anbaugrenze diene, und ein Plan für ein entsprechendes

Entwicklungs- und Managementkonzept sollte entwickelt werden. In einer gewissen Weise hatte man so den Bock zum Gärtner gemacht, weil es gerade die in der ADIPAZ vereinten Viehzüchter waren, die sich auf diese Weise den Zugang zu einem bisher hauptsächlich von den Gemeinden aus rituellen Gründen und zur Pflege ihrer Wasserquellen und Versorgungsstrukturen begangenen Nebelwalds verschafften.

Das Nutzungskonzept der ADIPAZ, deren Dachorganisation übrigens von der holländischen Regierung unterstützt wird, und mehr noch die fragwürdige Umsetzung der Zweckbestimmung, riefen bei den Gemeinden große Skepsis hervor und sie sahen ihre Wasserversorgung in Gefahr. Gespräche von ILUGUA, den Gemeinden und Umweltschützern mit ADIPAZ führten zu keinem Ergebnis. Die Gemeinden mussten beobachten, wie die Verschiebung von Weidelandgrenzen in immer höhere Bereiche und eine Abholzung der wertvollen Bäume weiter vor sich ging. Im Gegenzug schlossen sich die Gemeinden zusammen und das Netzwerk der APDR entstand. Über die Furcht um ihre Lebensgrundlage hinaus spielten dabei die beunruhigenden Informationen über die Konflikte in anderen Regionen eine Rolle. Sie setzten zunächst auf Rechtsmittel und erstatteten 2004 eine erste Anzeige gegen ein Mitglied von ADIPAZ wegen Überschreitung des erlaubten Holzschlags. Doch typisch für das marode Justizsystem in Guatemala versandete die Anzeige in der untätigen, mit den Viehzüchtern verbundenen Justiz vor Ort.

Um eine größere Sicherheit im Schutz des Gebietes von „Las Granadillas“ zu erreichen, schlug die APDR der Regionalverwaltung vor, den Nebelwald zum ständig geschützten Gebiet erklären zu lassen. Dabei heraus kam aber nur eine Verordnung, die einen Teil des Gebietes zum „Parque Regional Municipal“ erklärte. Der Streit um die angestammten Rechte des Zugangs zu den Wasserquellen und die forstwirtschaftlichen Interessen der Finqueros schwelte weiter.

Zum offenen Konflikt zwischen den beiden Lagern kam es 2007, als die Viehzüchter der APDR den Durchgang zu den höhergelegenen Bereichen des Berges mit dubiosen Anschuldigungen, insbesondere gegen den Pfarrer, José Pilar Alvarez Cabrera, untersagten, und dies mit dem Anbringen eines Vorhängeschlosses an der Pforte zum Gemeindeweg symbolisch manifestierten. Es ging dabei weniger darum den Gemeindemitgliedern ihren Weg zu den Wasserquellen und Wasserleitungen zu versperren – ihnen blieb eine Tür – als um eine grundsätzliche Auseinandersetzung: den Konflikt zwischen dem Entwicklungskonzept der Finqueros, denen es um die Ausbeutung der Wälder für die Holzwirtschaft unter einem Diskurs der Nachhaltigkeit geht, einerseits, und dem an den Interessen der Gemeinden orientierten nachhaltigen Entwicklungskonzept des Schutzes der Nebelwälder als Wasserspeicher für die kleinbäuerliche Landwirtschaft andererseits.

Von nun an manifestierte sich der Konflikt immer wieder in der gegenseitigen Blockierung von Zufahrtswegen. Die Gemeindemitglieder fühlten sich provoziert und in ihrem Recht auf freien und bedingungslosen Zugang beschnitten. Als sich die Bürgermeister der Gemeinden im Oktober/November 2008 an die Regionalverwaltung wandten, um eine Lösung herbeizuführen und die Abnahme der Schlösser zu erreichen, hatten sie keinen Erfolg. Enttäuscht über die Wirkungslosigkeit ihrer Anzeige und Initiativen organisierten sie die Selbsthilfeaktion „NO AL CANDADO“.

„Nach mehreren vergeblichen Dialogversuchen mit den Landbesitzern setzten die Kleinbauern dann ihrerseits zwei dicke Pfosten vor das Tor der Finqueros, so dass diese mit ihren schweren Holzlastern nicht mehr hinauf fahren konnten“, berichtet José Pilar Alvarez Cabrera. Mit dieser Aktion Anfang 2009 begann eine 25 Tage dauernde gewaltfreie Blockade, bei der José Pilar

Alvarez Cabrera verhaftet und mit dem Tod bedroht wurde. Er bewegt sich seitdem nur mit Polizeischutz. (s.u.) Das führte im Zusammenhang mit Holzabfuhr zu einer Spirale immer neuer Konfrontationen, die sich nun alle wieder an der von den Gemeinden aufgebauten Sperren abspielten. Auf der ersten Stufe kam es zur Konfrontation mit Finqueros und ihren Lastwagenfahrern, auf der zweiten Stufe zur Beteiligung der Staatsgewalt und schließlich, auf der bisher letzten, zur Konfrontation mit der Gouverneurin und dem Parlamentsabgeordneten in Begleitung von Polizei und anderen bewaffneten Männern. Im Zusammenhang mit den Konfrontationen an den Sperren gab es jeweils Kriminalisierungsversuche von Seiten der Finqueros und ihren Verbündeten. (s.u.) Zwischenzeitliche Mediationsversuche führten zwar zu jeweiligen Zugeständnissen, aber der Konflikt konnte nicht wirklich aufgelöst werden. Die gegenseitige Sperrung der Wege und das Ringen um ihre Beseitigung wurden zum Symbol des Machtkampfs.

Auch der Versuch, die Gemeinden und ILUGUA-Mitarbeiter durch Morddrohungen und das Schüren von Gerüchten einzuschüchtern, konnten die Menschenrechtsverteidiger_innen von „Las Grandillas“ nicht dazu bewegen ihren Widerstand gegen die Abholzung aufzugeben. (s.u.) Ihre Blockade der Durchfahrt für Holzlaster bleibt bis heute bestehen.

Während im Zusammenhang mit dem Kampf um das Naturreservat „Montaña de las Granadillas“ auch aufgrund der starken nationalen und internationalen Unterstützung in den letzten beiden Jahren keine direkten gewalttätigen Übergriffe mehr stattfanden, gab es jedoch weitere fragwürdige Anzeigen und Drohungen in der Region, in der ILUGUA ihre Gemeindefarbeit betreibt. Im Kontext des Widerstandes gegen die zwei großen Regierungsprojekte kam es zu einer weiteren Eskalation, die sogar einen Mord mit sich brachte. (s.u.)

4 Allgemeiner Hintergrund: Guatemala nach dem Friedensschluss ohne Frieden

4.1 Das Fehlen eines integralen Projekts für die ganze Nation in Zeiten des Post-Paz

Guatemala hat seine enormen inneren Widersprüche und Gegensätze nicht überwunden, nicht mit dem Friedensschluss, nicht mit dem Krieg, nicht durch Kooperation. [Melini] Entsprechend den Angaben im Jahresbericht des UN-Entwicklungsprogramms 2013 leben gegenwärtig 51 Prozent der Bevölkerung in Guatemala in Armut. Der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben und weniger als 1.25 US\$ pro Tag bekommen, liegt dem Bericht zufolge bei 13.5 Prozent. Mit einem Gini-Index von 53.7 (2011) gehört Guatemala zu den Ländern mit der größten sozialen Ungleichheit überhaupt. [bpb] Das Land konnte sich nie auf eine allgemeine, gemeinschaftliche Agenda einigen. Der jetzige Zustand lässt sich mit dem Begriff Post-Paz bezeichnen, weil der Friedensschluss nicht wirklich Frieden gebracht hat. Und auch in dieser neuen Phase wurde in Bezug auf Menschenrechte, soziale Gleichheit und Würde der Bevölkerung kein gemeinsames Projekt für die ganze Nation entwickelt. [Torres Rivas]

Die große Schwäche der Nation, die Ungleichheit der Verteilung des Reichtums, erzeugt enorme strukturelle Probleme, sodass hinter den in der städtischen Öffentlichkeit prioritären Themen wie Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Gesundheit und Bildung, die kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Menschen, insbesondere der indigenen Bevölkerung, aus dem Blick geraten.

Von 2003 an, mit Vorläufern seit 1997, wurde massiv entsprechend den Vorstellungen der herrschenden Eliten durch die Regierungen ein neues Entwicklungskonzept der Wirtschaft betrieben. Es geht dabei um die Implementierung von Großprojekten mit internationaler Beteiligung in den Bereichen der energetischen Nutzung der Wasserkraft, der Wälder, der Bodenschätze, wie Erdöl, Metall, Gas, etc. Diese Projekte werden vor allem von ausländischen Konsortien aus Spanien, Russland, Kanada und den Vereinigten Staaten u.a. betrieben. [Melini] Die Gewinne kommen in erster Linie den transnationalen Firmen und ihren guatemaltekischen Subunternehmen zu Gute, wodurch wiederum die oligarchische Oberschicht des Landes und die jeweiligen für die Bewilligung zuständigen Regierungsvertreter, die in Guatemala für ihre korrupte Praxis bekannt sind, Gewinn machen, während der guatemaltekische Staat als solcher weniger beteiligt ist.

In der Regierung A. Portillo wurde die erste Lizenz im Bereich des Bergbaus, und zwar an das Transnationale Unternehmen LamyGold vergeben, die diese dann an Goldcorp verkaufte. Es handelt sich hier um das Bergwerk Marlin in Ixtahuacán. Die Konflikte, die sich daraus ergaben, waren enorm und für die Firma nachteilig. Als Erfahrung für die Bevölkerung im Westen des Landes, insbesondere die indigenen Gemeinden, war sie dagegen verheerend. [Melini] Seit den Auseinandersetzungen um das Bergwerk Marlin entstanden fünf weitere Konflikte aus denselben Gründen wie dort: – Missachtung des Rechts der Bevölkerung vorab informiert zu werden, – Nichteinhaltung internationaler Konventionen und Gesetze, wie die ILO 169, welche die Konsultation der betroffenen Gemeinden in „Treu und Glauben“ vor der Projektentwicklung vorschreibt – und Ignorieren der UN-Erklärung zu den Menschenrechten der indigenen Völker.

Die Megaprojekte werden vor allem in ländlichen Regionen geplant, in denen die indigene Bevölkerung ihre angestammten Lebensräume hat. In einigen Fällen führten die Projekte zur gewaltsamen Vertreibung. Es kam dabei Berichten zufolge zur Tötung von Mitgliedern der Gemeinden. [RKC, wrm] Insbesondere die Bergbauprojekte bringen schwerwiegende Schädigungen der Umwelt, was Wasser und Boden betrifft, und die Zerstörung der kulturellen Lebensräume der indigenen Gemeinden mit sich. Sie gefährden außerdem noch die Einkommensquellen indigener Gemeinden im Bereich des Tourismus, weil sie häufig in Gebieten von Ausgrabungen kultureller Stätten angesiedelt sind. [López]. Die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten lehnt die Bergbauprojekte zu 95 % ab [CALAS]. Viele Gemeinden haben informelle Bevölkerungsbefragungen durchgeführt, in welchen die Ländereien zur „bergbaufreien Zone“ erklärt wurden. Die guatemaltekische Regierung hat diese Voten missachtet und dies damit begründet, dass der Bergbau der Nation zum Vorteil wäre. [RKC]

Zu dieser wirtschaftspolitischen Strategie nach dem Friedensvertrag gehört die Privatisierung der Energiewirtschaft mit dem Ziel des Exports nach Zentralamerika, während die betroffenen Regionen häufig extrem schlecht mit Strom versorgt sind. So erleben auch die Teile der Bevölkerung, die nicht unmittelbar durch Vertreibung betroffen sind, die Wasserkraftwerke als Bedrohung ihrer Lebensgrundlage und sehen in diesen Megaprojekten keinen Nutzen für sich selbst. Während im Bergbau vornehmlich transnationale Unternehmen Gewinne machen, sind im Elektrizitätsbereich auch nationale und regionale Teile der Oberschicht beteiligt. Auch mittelständische Unternehmer hoffen auf den Ausbau entsprechender Infrastrukturen. [López]

Ein weiterer Bereich der Bedrohung indigener Gemeinden ist die Ausdehnung der Plantagenwirtschaft im Rahmen der Agrarproduktion von Biotreibstoff. Das führt zur Verstärkung der Interessenkonflikte um Grundbesitz. Aufgrund der Monokulturen, insbesondere von Palmen und Zucker, kommt es zu erheblichen Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen der kleinen Bauern und

Subsistenzwirtschaft, und dies nicht nur was die Verknappung von Boden, sondern auch was Wasser und Umweltschäden betrifft. Die Regierung hat keinen Landschaftsnutzungsplan vorgelegt, sondern überlässt diese Frage den ungerechten Marktbedingungen. [Paíz, CONIC]

Das Interesse der Drogenmafia an Landbesitz zu Zwecken der Geldwäsche und an staatlich unkontrolliertem Territorium steigert das Problem der Verknappung insbesondere im Osten des Landes im Grenzbereich zu Honduras, also der Region in der ILUGUA und die Central Campesina Chortí Nuevo Día beheimatet sind. Mit der logistischen Verbindung der Häfen der Atlantik- mit denen der Pazifikküste soll außerdem die entsprechende Zone strukturell für industrielle Ansiedlungen erschlossen werden. Dies führt zu existenziellen Interessenskonflikten zwischen Bevölkerung, Staat und Drogenmafia und spielt auch bei der Eskalation der Konflikte in Zacapa eine Rolle.(s.u.) Strukturelle Maßnahmen zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaft plant und unternimmt die Regierung dagegen nicht, sie setzt allein auf große Projekte.

Während also die Regierung als ausführendes Organ der Oberschicht die Post-Paz-Ära nutzt um ihre neue wirtschaftliche Strategie durchzusetzen, hat sich auch auf der anderen Seite der Gesellschaft Wesentliches verändert. Im Kontext der zunehmenden Anerkennung des Rechts der indigenen Völker und der Aufarbeitung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und des Völkermordes an ihnen haben auch die indigenen Gemeinden in der Post-Paz-Ära an Selbstbewusstsein gewonnen. Die in einem jahrelangen Forschungsprojekt von FLACSO seit den Friedensverhandlungen beobachtete „Mayanisierung“ der unterschiedlichen indigenen Gemeinden in Guatemala führte zur Stärkung der eigenen Position. In diesem Empowerment-Prozess rekonstruieren die Gemeinden traditionelle Werte, dabei spielen die Pflege von Gemeinschaft, die kulturelle Bindung an angestammte Räume und vor allem Sensibilität bezüglich Umwelt und Nachhaltigkeit von Lebensweisen eine wesentliche Rolle. [FLACSO]

4.2 Die Auseinandersetzung um die Frage der Konsultationen

In ihren Protesten gegen die Megaprojekte können sich die indigenen Gemeinden auf die Konvention der International Labor Organization (ILO), Nr. 169, stützen. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat festgestellt, dass die Verpflichtung zur Konsultierung ein „allgemeines Prinzip des internationalen Rechts“ darstellt. Sie soll einen echten Dialog mit der betroffenen Bevölkerung als Teil des Partizipationsprozesses mit dem Ziel einer Übereinkunft beinhalten. Auch die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker empfiehlt den Regierungen, den indigenen Gemeinden das Recht an den Entscheidungsfindungsprozessen einzuräumen, wenn staatliche Aktionen ihre Gemeinden unmittelbar betreffen. Während das gegenwärtige internationale Recht den Gemeinden nicht automatisch ein Vetorecht gegenüber den vorgeschlagenen Projekten garantiert, hat der Interamerikanische Gerichtshof festgelegt, dass bei Projekten, die das Lebensrecht von indigenen Gemeinden mit langwährenden Bindungen an das Land bedrohen, nicht nur eine Konsultation durch den Staat erforderlich ist, sondern dass diese Projekte „die freie, vorhergehende und informierte Zustimmung der Gemeinden entsprechend ihrer Bräuche und Traditionen“ erhalten. Bevor Projekte entwickelt werden, die angestammtes Land, das von indigenen Völkern bewohnt wird, betreffen, hat der Staat daher die Pflicht, diese Gemeinden „in Treu und Glauben“ mit dem Ziel zu konsultieren, eine auf Konsens beruhende Vereinbarung zu erreichen. [RKC] Derart sind Regierungen entsprechend des internationalen Rechts zumindest verpflichtet als Voraussetzung für die Entwicklung von Megaprojekten entsprechende Konsultationen durchzuführen. [RKC]

Die Frage der Bindungskraft der Konsultationen ist zu einem Hauptstreitpunkt in der öffentlichen Diskussion um die Megaprojekte geworden. So insistiert der guatemaltekische Wirtschaftsverband CACIF darauf, dass die Ergebnisse der Befragungen nur richtungsweisend, aber nicht bindend sein sollen. Zwar spricht sich der Präsident der Industriekammer CIG, Fernando López, selbst mittlerer Unternehmer, für eine bessere Politik der Vorbereitung und Information der Projekte aus, aber der gesamte Sektor der Wirtschaft negiert das Recht der indigenen Völker Guatemalas auf ein Veto und die Verpflichtung zum Konsens. Entsprechend ignoriert auch die Regierung Pérez Molina, ebenso wie ihre Vorgänger, bei der Vergabe von Lizenzen die Rechte der indigenen Gemeinden und schließt sie aus der öffentlichen Auseinandersetzung um die Entwicklungsstrategien der Gesellschaft aus.

Der Bericht des Robert Kennedy Centers u.a. stellt fest, dass insbesondere wegen des Versagens der Regierung in der Frage ernsthafter Konsultierungsprozesse die Megaprojekte in den letzten Jahren viel Protest hervorgerufen haben. Ein weiterer Grund für Frustration in der betroffenen Bevölkerung ist das Gefühl, dass internationale Standards und Empfehlungen bei der Umsetzung ignoriert werden. Einige dieser Proteste wurden zu gewalttätigen Konflikten zwischen den Gemeindemitgliedern, Strafverfolgungsinstanzen und privaten Sicherheitskräften. Die Menschenrechtsverteidiger_innen, die vom Team des RKC interviewt wurden, gaben zu, dass nicht alle Aktivist_innen friedlich demonstrierten. Dennoch legten sie Wert darauf festzustellen, dass Unruhe stiftende Aktivitäten die Ausnahme seien und in der Regel aus Hoffnungslosigkeit herrührten. Sie hätten dabei häufig auf Drohungen mit Gewalt oder Angriffen geantwortet. [RKC]

4.3 Die Regierungspolitik der „cero tolerancia“

Anstatt der in den letzten Jahren immer deutlicher werdenden internationalen und zivilgesellschaftlichen Forderungen nach Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung und rechtsstaatlichem Vorgehen zu entsprechen, pflegt die von ihrer militärischen Herkunft geprägte Regierung den Regierungsstil des „cero tolerancia“ (Null-Toleranz Politik). [Melini, Rodenas] Als Antwort auf die sozialen Konflikte hat die Regierung mehrfach verschiedene Stufen des „Ausnahmestands“ erklärt, und auch trotz internationaler Einwände wie die des UN-Sonderberichterstatters Anaya, ist sie weiter so verfahren.[RKC] Der Ausnahmestand erlaubt die Einschränkung bestimmter verfassungsgebener Rechte, etwa wie die Versammlungsfreiheit, während zugleich die Kontrolle des Militärs ausgeweitet wird. Die auf diese Art geschaffene Situation fördert ein Klima, in dem Gewaltakte gegen die Akteur_innen, die ihre Menschenrechte verteidigen, ausgeübt werden und sogar Mord ungestraft stattfinden kann.

Der Bericht des RKC stellt dazu weiter fest, dass das Militär zum Teil in die Reaktionen auf Unruhen einbezogen wurde, was tödliche Folgen hatte. [siehe dazu auch HRW] Beispiel dafür ist der Einsatz gegen den friedlichen Protest von Tausenden indigenen Menschen in der Provinz Totonicapán am 4. Oktober 2012. Dort gab es unter den Protestierenden Dutzende von Verwundeten und schließlich sieben Tote. Die auch vom UN-Sonderberichterstatter Anaya monierte zunehmende Präsenz von Militär in indigenen Gebieten weckt außerdem in den Gemeinden die Erinnerung an die Kriegsjahre. Sie ist mit einer Zunahme von Zivil/Militärischen Patrouillen verbunden und führt zu einer Atmosphäre von Misstrauen. Auch das trägt erheblich zur Eskalierung von Konflikten bei. [ai]

Transnationale Unternehmen engagieren häufig private Sicherheitskräfte, die sich zu großen Teilen aus Militärs und Paramilitärs rekrutieren und deren Leiter häufig als Ex-Offiziere iden-

tifiziert werden, die in der Zeit des bewaffneten Konflikts in Menschenrechtsverbrechen involviert waren. Ihr Einsatz führt zu einer weiteren Eskalation der Konflikte. Der Bericht des RKC u.a. stellt fest, dass diese in verschiedenen Fällen hemmungslos vorgehen um die Bevölkerung einzuschüchtern. Sie sollen, ob nun unabhängig oder in Kollaboration mit der Polizei, Berichten von Betroffenen zufolge, Repressionen in der Form der ihnen nicht zustehenden Strafverfolgung ausgeübt haben. Dazu gehört die Festnahme von Verdächtigen und Vertreibung von Personen von Grund und Boden, wobei sie sich als dazu rechtlich autorisiert ausgeben. [RKC] Sie sind für Misshandlungen in Gebieten bekannt, wo Megaprojekte abgelehnt werden, und in verschiedenen Fällen waren sie nachweislich für Tötungsdelikte verantwortlich. [RKC]. Darüber hinaus spielen sie eine wesentliche Rolle bei der Vertreibung von indigenen Familien aus ihren angestammten Gebieten. [Zur gesamten Darstellung siehe auch CALAS, UDEFEGUA, CONIC]

Schließlich stellt die Verfolgung und Kriminalisierung von Akteur_innen der Protestbewegung einen weiteren Aspekt der Einschüchterungspolitik und Bedrohung dar. Selbst nach Angaben aus den Ministerien gegenüber dem Team des RKC wurden bis zum November 2012 in über 90 % der Gemeinden, in denen informelle Konsultationen stattfanden, strafrechtliche Beschuldigungen gegen Anführer der beteiligten Gemeinden erhoben. Gleichzeitig wurden Mitglieder der Gemeinden, die an Protesten gegen Megaprojekte teilnahmen, sowie ihre Rechtsanwälte danach krimineller Handlungen beschuldigt. Dies ist ein Vorgehen, dass auch im Fall ILUGUA und der CENTRAL CAMPESENA CHORTI NUEVO DIA eine wesentliche Rolle spielt. (s.u.) Die Anschuldigungen stehen häufig nicht in direktem Bezug zu den Protesthandlungen, sondern werden konstruiert, und dies wiederum in der Regel von Leuten, die mit den umstrittenen Megaprojekten zu tun haben. Letztlich wurde schon auf der Ebene der Anzeigen in 60 % der Fälle aufgrund der Nichtigkeit ihrer Begründung kein Verfahren eingeleitet. [RKC] Dennoch führt die mangelnde rechtsstaatliche Situation auf der untersten Ebene der Strafverfolgung häufig dazu, dass die geforderten Standards nicht eingehalten werden und die Betroffenen trotz der Unbegründetheit bzw. Unangemessenheit der Anklagen über längere Zeiträume inhaftiert werden oder zumindest langwierig mit den Verfahren beschäftigt sind. [RKC, CALAS, UDEFEGUA]

4.4 Polarisierung der öffentlichen Meinung

Bei der Polarisierung des Landes spielen die Versuche eine wesentliche Rolle, die Protestbewegung durch völlig unangemessene schwere Anschuldigungen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen, die an friedlichen Protesten beteiligt waren, zu diskriminieren. Menschenrechtsvertreter_innen wurden fälschlich beschuldigt, andere Menschen gezwungen zu haben, an den Protesten teilzunehmen oder die Nichtteilnahme bestraft zu haben. Es wurden Menschenrechtsverteidiger_innen mit Bezug auf Gesetze angezeigt, die sich auf Terrorismus oder andere Schwerverbrechen (high impact crimes) beziehen. Auch dafür gibt es im Umkreis von ILUGUA Beispiele. (s.u.) Der RKC u.a. Bericht weist insbesondere darauf hin, dass ohne Rücksicht auf die spezifische Beschuldigung wegen krimineller Handlungen schon alleine das Faktum, dass Anzeigen erhoben wurden, zu einer Delegitimierung der Arbeit von friedlicher Menschenrechtsverteidigung führt.

Zur Polarisierung trägt auch die im letzten Jahr offensiv betriebene Diskriminierung der Protestbewegungen in Printmedien und sozialen Netzwerken (z.B. Facebook) bei. Besonders aggressiv geht dabei eine von ehemaligen Militärs der extremen Rechten gegründete „Fundación Contra el Terrorismo“ vor. Sie veröffentlichte in vier Tageszeitungen Artikel mit dem Titel „La

Farsa del Genocidio en Guatemala – Conspiración Marxista desde la Iglesia Católica“. Darin wurde die renommierte Menschenrechtsorganisation Centro de Acción Legal, Ambiental y Social de Guatemala (CALAS) als Agentur internationaler Mächte bezeichnet, wobei angedeutet wurde, dass es sich dabei um OXFAM und die norwegische Regierung handele. CALAS wurde beschuldigt, Konflikte in den Zonen der Megaprojekte und Monokulturen zu schüren. [C-Fd]. Konkreter Hintergrund dieser Attacke ist der Erfolg der Proteste gegen das Bergwerk El Escobal.

Vor Ort setzt sich aber der Protest aus all denen zusammen, die von den Megaprojekten betroffen sind. Diese stellen eine Bedrohung der Lebensbedingungen, insbesondere von Boden und Wasser dar, die vor Ort die ehemaligen Feinde im Bürgerkrieg verbindet. So vereinen sich Ex-Militärs und Ex-Guerilleros in manchen Gemeinden zur gemeinsamen Aktion. Derart eröffnet sich ein Raum für die Überwindung des Vergangenen, aber durch die gemeinsame Sozialisation der Gewalt besteht auch die Gefahr, dass nun der gemeinschaftliche Einsatz von gewalttätigen Mitteln naheliegt. [Samayoa] Die Regierung und Kräfte wie die „Fundación contra el Terrorismo“ versuchen dagegen den Protest in eine politische Ecke zu drängen, die mit den Befreiungsbewegungen im Bürgerkrieg identifiziert wird. Das Ziel der Polarisierungsstrategie ist es die Vielfältigkeit der Positionen in der Protestbewegung und die Differenziertheit der jeweiligen Anliegen unsichtbar zu machen.

Dies erleichtert einerseits der Regierung ihre Politik der Härte in der städtischen Öffentlichkeit zu legitimieren, fördert aber umgekehrt auch den Druck zur Vereinheitlichung der Protestbewegungen und die Bereitschaft die Vielfalt gegen eine schlagkräftige gemeinsame oppositionelle Position einzutauschen. Eine solche Einheit wird wiederum von traditionell politisch argumentierenden radikalen Organisationen befürwortet. Bei unseren Interviews konnten wir feststellen, dass dies verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen Sorge bereitet. Sie versuchen mit der Sichtbarmachung der Vielfalt dem Prozess der Polarisierung entgegenzuwirken. Nun wurden aber gerade diese Menschenrechtsverteidiger_innen im letzten Jahr, 2013, offenbar gezielt zur Zielscheibe von Kriminalisierung, Diskriminierung und Bedrohung.

4.5 Bedeutung und Erfolge der Menschenrechtsverteidiger_innen

Obwohl die Regierung Pérez Molina die Zuständigkeiten des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (CIDH) zu beschneiden versuchte, gelang es dort mehrere Verbrechen des guatemaltekischen Staates zur Verurteilung zu bringen. So wurde der guatemaltekische Staat vom CIDH für das gewaltsame Verschwinden von 28 Personen verurteilt und Entschädigungszahlungen angeordnet. Und noch einmal verurteilte der CIDH den Staat Guatemala, diesmal zu Wiedergutmachungen für das gewaltsame Verschwindenlassen eines Gewerkschaftssekretärs und Studentenführers im Jahr 1984.

Von besonderer Bedeutung für die aktuelle Entwicklung und Eskalation der Verfolgung von Menschenrechtsvertreter_innen im März und April des Jahres 2013 war die von Regierung und Militärkreisen immer wieder zu verhindern versuchte Eröffnung des Prozesses gegen den ehemaligen Militärdiktator Ríos Montt wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord. Die Richterin war bedroht worden, Archive geplündert, Büros überfallen, wo Menschen an der Vorbereitung des Prozesses mitarbeiteten. Fast zwei Monate beschäftigte sich die guatemaltekische Öffentlichkeit mit der verheerenden jüngsten Vergangenheit. Mehr als 100 Zeug_innen machten ihre Aussage, mehr als 60 Expert_innen brachten entsprechende Gutachten ein. Anthropolog_innen, Forensiker_innen, Militärberater_innen und Psycholog_innen wurden

zu den Fakten befragt. Außerdem wurden eine Reihe von schriftlichen Beweisen, Militärakten, Pläne zu staatlichen Kampagnen und zur Aufstandsbekämpfung vorgelegt. Mit der öffentlichen Verhandlung gelang trotz aller Widerstände ein Durchbruch gegen die Politik der Verdrängung.

Auf die Erfolge der Menschenrechtsverteidiger_innen antworten insbesondere schuldbeladene Sektoren der Gesellschaft mit Gewalt und Bedrohung. Doch der Durchbruch in der Aufarbeitung des Völkermordes und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat einen Raum für die Aufarbeitung der Erfahrung des Kriegs geöffnet, was insbesondere für die junge Generation eine bedeutende Aufgabe erscheint [Samayoa].

Bei der Vorbereitung der Prozesse halfen insbesondere Menschenrechtsverteidiger_innen und Initiativen, die an der Spurensuche nach Dokumenten und Beweisen vor Ort beteiligt waren. So auch ILUGUA, deren Ausgangspunkt die Suche nach Gräbern den Verbrechen zu Opfer gefallener Menschen in der Region Zacapa gewesen ist.

Die Verwirklichung des Völkermordprozesses ist wesentlich dem Betreiben der Hauptanklägerin Paz y Paz zu verdanken, die allerdings nun frühzeitig im Mai 2014 als Generalstaatsanwältin abgesetzt werden wird. [Franco] Dabei hatte ihr Wirken nicht nur national bei den Menschenrechtsverteidiger_innen, sondern auch international viel Anerkennung gefunden, weil es ihr außerdem gelungen war, die Straflosigkeit – eines der Hauptprobleme des Landes – einzudämmen und durch das An-sich-ziehen von Verfahren in manchen Fällen die fragwürdige Praxis vor Ort zu begrenzen. Während ihrer Amtszeit stieg die Quote von zuvor rund 2 Prozent der Aufklärung von Straftaten auf 30 Prozent.

Mit der Öffnung Guatemalas für internationale Investitionen ergab sich jedoch gleichzeitig ein neues Feld von Menschenrechtsverletzungen. Auch hier erlangten die Menschenrechtsverteidiger_innen im internationalen Rahmen Erfolge. Das kanadische Unternehmen HudBay muss sich auf kanadischen Gerichtsentscheid vom 22. Juli 2013 vor einem kanadischen Gericht für die Verbrechen des guatemaltekischen Subunternehmens CGN verantworten, unter anderem für Vergewaltigung, Mord und Schussverletzungen. Geklagt hatten dreizehn Guatemaltekinen, Frauen aus den indigenen Gemeinden im Tiefland Izabal. In Guatemala selbst wurde im September der damalige Chef des privaten Sicherheitsunternehmens der CGN verhaftet und für den Mord und die Schussverletzungen angeklagt. [nl 3]

Bei Gericht wurden die Klägerinnen von der Unidad de Protección a Defensoras y Defensores de Derechos Humanos, Guatemala (UDEFEQUA) unterstützt. Diese Nichtregierungsorganisation, gegründet 2000, hat großen Rückhalt im Bereich der nationalen und internationalen Menschenrechtsverteidigung und wird auch innerhalb Guatemalas von demokratisch gesinnten Sektoren der zivilen Gesellschaft anerkannt. Dies gilt insbesondere für ihre Koordinatorin Claudia Samayoa, die gleichzeitig unter maßlosen Diffamierungen aus regierungsnahen Kreisen und unter ständiger Bedrohung von Seiten des diffusen Spektrums ehemaliger Militärs und Paramilitärs zu leiden hat. Sie nahm im November 2013 für ihre Organisation in Washington die Auszeichnung mit dem „Alice Zachmann Preis für die Verteidiger der Menschenrechte“ entgegen und gilt als eine der glaubwürdigsten Quellen zur Konfliktlage in Guatemala.

Sowohl die Aufarbeitung der Verbrechen als auch die „Mayanisierung“ haben die Vernetzung der indigenen Gemeinden mit Menschen und Organisationen aus anderen Sektoren der zivilen Gesellschaft stark befördert. Nichtregierungsorganisationen der gebildeten Mittelschicht, Mitarbeiter_innen internationaler Projekte und die Kirchen verbünden sich mit den Gemeinden im Wunsch nach einer gerechten, multikulturell pluralistischen und friedlichen Gesellschaft. Mit der

Zuspitzung der Konflikte geraten diese sich als Menschenrechtsverteidiger_innen verstehenden Akteure zunehmend ins Schussfeld.

5 Die Eskalation der Kriminalisierung und Bedrohung gegen Menschenrechtsverteidiger_innen in den letzten beiden Jahren

5.1 Daten zur Eskalation der Kriminalisierung

Seit November 2012, ab dem Zeitpunkt bis zu dem der Bericht des RKC u.a. die damaligen Fälle dokumentiert, hat sich die Situation weiter wesentlich zugespitzt. Claudia Samayoa (UDEFEFEGUA) beschreibt die neueste Entwicklung folgendermaßen: Im Jahr 2013 verdoppelte sich die Zahl der Übergriffe. Es kam dabei zu einer besonderen Häufung in den Monaten des Völkermordprozesses. Angegriffen wurden allerdings nicht nur die Personen, die ihn begleiteten. So scheute sich der Präsident Pérez Molina in der aufgeheizten Debatte nicht, den Genozid zu bestreiten und in entsprechenden Beiträgen aus seinem Lager wurde das Gerichtsverfahren gegen Riós Montt als ein Komplott dargestellt, mit dem die Protestbewegungen einen erneuten Krieg vorbereiten würden.

Nach den Daten von UDEFEFEGUA wurden im Jahr 2013 sechzehn Menschenrechtsverteidiger_innen ermordet, darunter der Gewerkschaftsführer und bekannte Menschenrechtsverteidiger Carlos Hernández aus Chiquimula. Der Mord geschah im Kontext der Konflikte um den sogenannten „canal interoceánico“. (s.u.) Auch Carlos Hernández wurde bezichtigt unter dem Mantel der Menschenrechtsverteidigung seine vermeintliche Identität als Guerillero zu verstecken.

In ihrer Jahresstatistik für 2013 dokumentiert UDEFEFEGUA eine Steigerung auf 658 Fälle von Aggressionen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen. In den Jahren 2000 bis 2008 war die Rate fast stetig von 53 auf 220 angestiegen. Für 2008 ist mit der massiven Implementierung von Megaprojekten ein sprunghafter Anstieg zu verzeichnen, der bis 2012 im Schnitt zu etwa 350 Angriffen pro Jahr führte. Im Jahr 2013 schnellte die Zahl also auf das Doppelte hoch. Fast die Hälfte der Fälle stand im Zusammenhang mit der Wahrheitsfindung über den Völkermord. Markant mit je etwa einem Zehntel der Fälle waren außerdem die Angriffe auf Menschenrechtsvertreter_innen aus dem Umweltbereich, der bäuerlichen Wirtschaft und Zusammenhängen von indigenen Gemeinden und Umweltschützern. Die häufigste Art der Aggressionen (jeweils etwa ein Viertel) bestand in Diffamierungen durch Vertreter der Staatsmacht und in Drohbriefen. Auffällig sind die hohen Zahlen der Anzeigen bei Gericht und der persönlichen Beleidigungen (je etwa 10%). Die Zahl der Morde und Entführungsversuche, der Verfolgung, von Raub, illegaler Festnahmen und der Entführungen haben trotz zahlenmäßig deutlich geringerem Anteil von jeweils ein bis fünf Prozent für die Personen sowie für die Einschüchterung und Erzeugung eines Klimas der Angst eine zentrale Bedeutung.

Diese Eskalation der Übergriffe auf Menschenrechtsverteidiger_innen führt zu einer immensen Polarisierung und es wird für die Organisationen der Menschenrechtsverteidiger_innen immer schwieriger ihre Selbstverpflichtung auf friedliche Aktionen auch im Umfeld der Protestbewegungen durchzusetzen. UDEFEFEGUA erfährt ständig, wie sehr der bewaffnete Konflikt immer noch in die aktuellen Interessenkonflikte hineinwirkt, insbesondere wenn Gemeinden von Personen, die an gewalttätige Aktionen gewöhnt sind, wie Ex-Militärs, Ex-Guerilleros und Ex-Paramilitärs, zur Aufgabe des friedlichen Protestes getrieben werden. Die polarisierenden Diskurse, die Festnahmen und Aggressionen führen deshalb in verschiedenen Fällen, wie in Xalapan, Barillas oder San Marcos, tatsächlich dazu, dass es bei den Protesten zu Gewaltakten

kommt. Ein bestimmter Radikalismus zieht nach diesen Erfahrungen gerade junge Menschen an, da sie die Konsequenzen eines bewaffneten Konflikts nicht kennen. Die Menschenrechtsverteidiger_innen hoffen, dass nun nach dem Urteil im Völkermordprozess die Aufarbeitung des Krieges als solchem und seiner Ursachen begonnen werden kann. [Samayoa]

Der friedliche Protest führt auch zur Frustration, wenn Aggressoren zwar mit ihren fälschlichen Anzeigen bei Gericht nicht durchkommen, aber die Praxis der Kriminalisierung, wie es im Fall ILUGUA geschieht, mit immer neuen Schlichen weiterbetrieben wird. Dazu kommt, dass auf die Versuche der Vermittlung noch stärker mit Aggressionen reagiert wurde.

Die Erfahrungen der organisierten guatemaltekischen Menschenrechtsverteidiger_innen werden durch die Berichte der OHCHR (Hochkommissariat der UNO für Menschenrechte in Guatemala) bestätigt. Die Vertreter des OHCHR weisen insbesondere auf die Unangemessenheit von Strafverfolgungsmaßnahmen hin. Sie gehen davon aus, dass dabei auch Vorurteile, die durch die öffentliche Stereotypisierung verstärkt werden, eine entscheidende Rolle spielen. Das Fehlen von Rechtssicherheit, ein Staat, der die Aufgaben des Schutzes vor den Angriffen nicht wahrnimmt und eine Staatsanwaltschaft, die zwar auf höherer Ebene Fortschritte erzielte, aber das Fortbestehen gesetzeswidriger Praxen an der Basis nicht beseitigen konnte, stellen nach Meinung der Vertreter des OHCHR wesentliche Elemente der Problematik dar. [Papadopoulou/de la Torre, siehe dazu auch den Ausschnitt zum Thema Menschenrechtsverteidiger_innen aus dem jüngsten Bericht der OHCHR zum Jahr 2013 im Anhang]

Der Schwerpunkt der Aggressionen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen liegt im Westen des Landes, dort wo vor allem die indigene Bevölkerung ihre Rechte einfordert. Doch auch im Osten, wo sich wenige Gemeinden als indigen identifizieren, sind die Menschenrechtsverteidiger_innen ständig bedrohlichen Aggressionen ausgesetzt, was auch dort zur Polarisierung beiträgt, und was das Bemühen um friedliche Konfliktlösungen behindert, wie der Fall ILUGUA und ihrer Mitstreiter_innen zeigt.

Für den Osten des Landes dokumentiert UDEFEGUA einen steilen Anstieg von Aggressionen seit dem Jahr 2011, der 2013 mit 100 Fällen seinen bisherigen Höhepunkt erreichte, was gegenüber der Zahl von 2009 etwa eine Verdreifachung darstellt. Bis dahin war der Anteil der Region mit bis zu fünf Fällen im Zeitraum 2000 bis 2004 und zwischen 10 und 20 Fällen im Zeitraum 2005 bis 2008 an der Gesamtzahl eher gering.

5.2 Methoden der Bedrohung und Kriminalisierung im Kontext der sozialen Konflikte

Die Erscheinungsformen und Symptome der Konflikte, in denen sich die Gemeinden der ILUGUA und die Basisorganisationen im Gebiet Zacapa – Chiquimula befinden, ähneln denen in anderen Regionen. Sie rühren aus der langandauernden Grundproblematik Guatemalas, nämlich der ökonomischen Macht einer seit langer Zeit herrschenden Oberschicht, die auch unter den neuen Bedingungen den Staatsapparat zu ihren Zwecken einsetzt. So lässt sich die Verquickung wirtschaftlicher Machtgruppen, örtlicher Verwaltungsstrukturen, Militärs und Paramilitärs auf der lokalen Ebene, wie im Fall ILUGUA, und in den Konflikten in anderen Regionen beobachten. Um die wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen werden Bedrohungen, Anzeigen und Diffamierungen, falsche Beschuldigungen und gewalttätige Aktionen bis hin zum Mord nicht gescheut. Diese Strategie hat den Stil des „Estado Finca“ (Staat als Finca), wie einige Experten es

nennen. Das Fortbestehen der Methoden der während des bewaffneten Konflikts in Massaker und Unterdrückung verwickelten Militärs und Paramilitärs trägt dabei wesentlich zur Verschärfung bei. Egal ob es sich um die international Aufsehen erregenden großen sozialen Konflikte in anderen Gebieten Guatemalas oder um die Auseinandersetzung im Bergmassiv „Las Granadillas“, das Wasserkraftprojekt der Firma „Las Tres Niñas“ oder den „canal interoceánico“ handelt, die Vorgehensweisen gleichen immer einem Muster. [RKC, CALAS, UDEFEGUA, pbi] Dies zeigt auch die folgende Darstellung der konkreten Fälle von Kriminalisierung und Bedrohung in der Region, in der es auch um die Ähnlichkeit mit anderen Fällen geht.

5.2.1 Der Fall „Las Tres Niñas“ und vergleichbare Fälle

Im Rahmen des Widerstands gegen den Bau des Wasserkraftwerks „Las Tres Niñas“ geschah nach dem Bericht von Omar Jerónimo von der Central Campesina Chortí Nuevo Día folgendes:

„Im Mai 2013 zitierte die Staatsanwaltschaft vier Gemeindeführer, indigene Repräsentanten des Viertels, unter dem Vorwand der Beschuldigung zum Verhör, sie hätten das Haus einer Frau mit Steinen beworfen. Als sie am entsprechenden Ort ankamen, tauchten vier Autos mit bewaffneten Männern in Zivil auf und nahmen alle gefangen. Im Osten ist dies häufig eine Aktionsform des organisierten Verbrechens. Sie brachten die vier auf die Polizeistation und sagten ihnen, sie seien wegen Mord festgenommen worden. Sie benutzten einen Zeugen, der aussagte, sie hätten eine Person aus dem Viertel umgebracht. Als sie dann im Gefängnis waren, kamen Anwälte der Firma „Las Tres Niñas“ und bedrohten die Gemeindeführer damit, dass sie 50 Jahre im Gefängnis sitzen würden, wenn sie nicht die einzige Möglichkeit ergriffen sich zu retten. Die Anwälte könnten ihnen nur helfen, wenn sie die Menschen in der Ortschaft überzeugen würden ihr Land an das Wasserkraftwerkunternehmen zu verkaufen. Insgesamt blieben die Gemeindevertreter drei Monate im Gefängnis.“ [Jerónimo].

Der Fall weist ähnliche Züge auf wie das Geschehen in San Juan Sacatepéquez im Zusammenhang mit dem Projekt des Zementwerks des guatemaltekischen Unternehmens „Cementos Progreso“. Fabrik, Steinbruch und eine Landstraße sollen auf der Finca San Gabriel Buena Vista, auf der sich zwölf Siedlungen von Maya kaqchikeles Gemeinden befinden, ausgebaut werden. 80 % der Investitionen brachte die Firma Cementos Progreso ein und die restlichen 20 % hielt das multinationale Unternehmen Holcim aus der Schweiz. Im Mai 2007 führten die Gemeinden von San Juan Sacatepéquez eine Konsultation der Bevölkerung „in Treu und Glauben“ durch, in der die Errichtung des Werks abgelehnt wurde. Bei der Durchsetzung des Megaprojekts werden internationale Konventionen nicht beachtet. Die Bevölkerung soll durch unrechtmäßige Vorgehensweisen in Angst und Schrecken versetzt werden. Seitdem haben sich die zwölf kaqchikeles Gemeinden im Zustand der „resistencia“ (Widerstand) erklärt und eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen von Seiten des Militärs und von Seiten der von Ex-Militärs gebildeten Sicherheitskräfte des Unternehmens, Fälle von Bedrohung und insbesondere eine regelrechte Kampagne der Kriminalisierung angezeigt. Der Staat reagiert völlig unangemessen und erklärte 2008 den Ausnahmezustand. Während des Ausnahmezustands wurden 43 Personen festgenommen und Polizeitruppen und Militär besetzten die Finca. Das Werk arbeitet weiter, aber man stoppte den Ausbau – ohne die Maschinerie abzuziehen. Holcim hat aufgrund der Konflikte schließlich seine Anteile verkauft. Die Bedrohungen und Übergriffe gegen die Bevölkerung gehen weiter. Busse werden angesteckt, auf offener Straße werden Menschen geschlagen, Morddrohungen über Telefon, das Streuen von entsprechenden Gerüchten, Anschläge mit Steinen

auf die Siedlungsbewohner_innen und ihre Häuser, Raub und Entführung, und schließlich geschah 2011 auch hier ein Mord. [pbi (Estudio de caso)]

5.2.2 Der Fall ILUGUA

Schon während des bewaffneten Konflikts gehörten das Schüren von Konflikten in den Gemeinden, das Angstverbreiten, offene Morddrohungen und das Streuen von Gerüchten über Mordpläne zu der Taktik, mit der die Bevölkerung kontrolliert werden sollte. Eine besondere Rolle spielten damals dabei die sogenannten zivilen Selbstverteidigungspatrouillen. Heute kommen Diffamierung und Kriminalisierung der sozialen Bewegungen und Menschenrechtsverteidiger_innen dazu.

Die Gemeindepromotorin für nachhaltige Landwirtschaft und Betreuerin der Projekte der Kleinbauern, María [Name von uns geändert], die aus einer Chortí-Gemeinde stammt, berichtete folgendes aus ihrer persönlichen Erfahrung mit Morddrohungen und Demütigungen, die ihr speziell als Frau angetan wurden:

„Im April des vergangenen Jahres [2013] bekomme ich einen anonymen Brief, in dem geschrieben stand, dass 100 Tausend Dollar auf die Köpfe des Pfarrers Pilar und Omar Jerónimos ausgesetzt sind. Und auch mein Name wird genannt: >>Und für Dich, arme Hündin, für Dich gibt es kein Geld, Du wirst tot durch die Straßen geschleift und nur die Aasgeier werden sich um Dich kümmern<<, Dazu steht da noch, dass es eine Liste mit 100 Gemeindeführern gibt, und die Namen der gedungenen Killer. – Mit Drohungen verfolgen sie ihre Vorhaben“, kommentiert dies Maria. Da die Gemeinde klein ist, und sich viele gegenseitig kennen, fand sie heraus, dass der Brief von einem Mann geschrieben worden war, der Streit mit einem Mitglied ihrer Familie gehabt hatte, und die genannten Killer zum Teil Personen aus dem Umkreis des Bürgermeisters der Stadt Zacapa waren und zum Teil zu einer Gruppe von Sicarios aus der Nachbargemeinde gehörten. Zu dieser Zeit, als es um die Konflikte im Kontext des „canal interoceánico“ ging, erhielt sie fast täglich Anrufe mit Morddrohungen, meistens in der Nacht. In der Gemeinde, so erfuhr sie, ging dazu das Gerücht um, dass sie viel Geld auf Kosten der Leute, die sie betreute, verdiene.

Leslie Ramirez, Projektkoordinatorin in der NGO Chortí Nuevo Día erläutert den Hintergrund dieser Drohungen. „Für das Wasserkraftwerk müssen in der dafür vorgesehenen Region die Menschen von ihrem Land vertrieben werden. Zum jetzigen Zeitpunkt versuchen sie angesichts des Widerstands der Bevölkerung in andere weniger organisierte Gemeinden zu gehen, in denen es Sicario-Strukturen und Leute aus dem Umkreis der Obrigkeiten gibt. Die Unternehmen selbst machen sich die Finger nicht schmutzig, sie setzen diese Art von Erniedrigungen ein und bedienen sich dazu lokaler Partner. Das Schüren von Konflikten innerhalb der Gemeinden funktioniert für sie am besten. Jedoch gibt es in dieser Zone auch eine bedeutende Geschichte der Militarisierung. Während des bewaffneten Konflikts war dies die Region, in der das Militär Soldaten rekrutierte und die Menschen sind empört und werden eine Vertreibung nicht zulassen.“ [Ramirez]

Pfarrer José Pilar verweist außerdem auf die Taktik, die sozialen Organisationen immer wieder durch unbegründete Anzeigen unter einer ständigen Anspannung zu halten. Der letzte derartige Fall ereignete sich im Kontext bei ILUGUA im Jahr 2013. „Seit April 2013 stehen drei Personen aus dem Umkreis der ILUGUA unter der Anschuldigung von Verbrechen, die allesamt zu denen in dem in Guatemala extra geschaffenen Gesetz gegen Terrorismus zählen. Sie werden der Bedrohung, des Raubs und eines Attentats auf Staatseigentum beschuldigt. Es handelt sich um Doña Aida, die sich um das Reinigen der Casa Campesina kümmert, ihren Bruder Martin Cabrera

und Alfredo Mejia aus der Gemeinde Trementina. Der Fall wurde bis heute nie abgeschlossen.“
[Alvarez Cabrera]

Ein Beispiel für Bestechung erzählt der Pater Juan María Boxus, Diözesanadministrator und Pfarrer in Jocotán. Er wurde strafrechtlich bezichtigt, die Menschen zu gewalttätigen Handlungen angestiftet zu haben. Schließlich wurde die Beschuldigung durch die Staatsanwaltschaft zurückgenommen. „Die Anschuldigung wurde auf die Gemeindeführer übertragen, die Comités der Indigenen, während der Bürgermeister zu mir kam und meinte, >>lass uns weiter zusammenarbeiten<<. Von Seiten des Unternehmens „Las Tres Niñas“ wurden mir sogar 420 Tausend Quetzales pro Jahr angeboten, wenn ich das Wasserkraftwerk gegenüber den Gemeinden unterstützen würde. Sie wollten mich kaufen. Klar, dass ich das abgelehnt habe.“ [Boxus]

5.2.3 Die Fälle Carlos Hernández, Jose Pilar und korrespondierende Fälle

Der Versuch, den Widerstand der sozialen und Menschenrechtsbewegungen dadurch zu brechen, dass man ihre prominentesten Aktivisten bedroht oder sogar umbringt, entspricht einem politischen Konzept, in dem es nicht darum geht einen Ausweg aus den sozialen Konflikten zu suchen, sondern die herrschenden Interessen durchzusetzen. Yuri Melini von der Organisation CALAS drückt dies so aus:

„Der Regierungsapparat folgt immer noch den Vorstellungen aus den Zeiten des Krieges, dass es vertikale Strukturen in den sozialen Bewegungen gibt, und dass es die Anführer sind, die die Fäden in der Hand halten. Sie glauben, wenn sie die Köpfe abschlagen, verschwindet die Bewegung.“
[Melini]

Am 8. März 2013 wurde der Menschenrechtsverteidiger und Gewerkschaftsführer Carlos Hernández Mendoza durch Schüsse auf der Landstraße in der Provinz Chiquimula ermordet. Er war ein führender Kopf der Gesundheitsgewerkschaft und Mitglied der „Asociación Campesina Camoteca“, der Organisation „Frente Nacional de Lucha“ (FNL) und der „Coordinación de Organizaciones de Oriente“ (COPIISCO). Omar Jerónimo schildert die Umstände dieses Mordes folgendermaßen:

„ Carlos Hernández fuhr zu einer Versammlung in Chiquimula. Er wurde von einem Auto verfolgt und etwa 10 km von hier mit Schüssen ermordet. In Jocotán wurde sein Tod mit den Worten bejubelt: „So ist der erste Hund tot, es fehlen nur noch wenige“. Von Einwohnern der Gemeinde erfuhren wir, dass am Tag als sie ihn ermordeten, in einem Lebensmittelladen ein Mann einen Telefonanruf erhielt, den er mit den Worten „So stirbt nur ein Hund“ bejubelte und danach in die Luft feuerte und die Leute aus der Gemeinde zu Bier einlud um den Mord zu feiern. Von da an brachten sie Gerüchte in Umlauf, rieten den Anführern der Gemeinden, dass sie sich aus der Organisation zurückziehen sollten, denn sonst würden auch sie ermordet. Jede Woche erhielten Vertreter unserer Organisation eine Mordankündigung oder Drohung, in erster Linie von Leuten, die vom Militär oder den Zivilpatrouillen (PAC) beauftragt waren und die in den Gemeinden Macht hatten. Man engagierte sie um die Kontrolle über die Gemeinden zu behalten. Später gab es dann Haftbefehle gegen drei Personen, die am Mord von Carlos Hernández beteiligt waren, einer von ihnen war Leibwächter des Bürgermeisters von Camotán.“ [Jerónimo]

Anlässlich des Todes von Carlos Hernández erklärte der Repräsentant der Hochkommissariats der UNO für Menschenrechte, Alberto Brunori, „es ist unannehmbar, dass diese Art von kriminellen Praktiken zur Einschränkung und Behinderung der freien Ausübung und Beanspruchung der

Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Arbeit und der Meinungsfreiheit, angewendet werden“ [OHCHR]

Im Fall von ILUGUA wurden der Pfarrer José Pilar Alvarez Cabrera, Rubén Aldana Guzmán und Eduardo Alvarez Cabrera schwerwiegender Verbrechen beschuldigt, nämlich Nötigung, Anstiftung zu Straftaten und Schädigung von Eigentum. Die anerkannten Köpfe der Widerstandsbewegung gegen die Zerstörung der Regenwälder in „Las Granadillas“ sollten durch Kriminalisierung zum Schweigen gebracht werden. Wie der Pfarrer selbst erzählt, passierte folgendes:

„Schon den ganzen Tag bevor ich am 25. Januar gefangen genommen wurde, hatte der Finquero, der zugleich Richter ist, auf die Ausstellung des Haftbefehls gegen mich gedrängt und ihn schließlich auch bekommen. Sie hofften darauf, mich am Wochenende, wo es keinen diensthabenden Richter gibt, einsperren zu können, und engagierten Sicarios im Gefängnis, die wen auch immer von uns dreien umbringen sollten. (...) Die Bedrohungen gegen meine Person haben nicht nur mit der Verteidigung des Bergmassivs „Las Granadillas“ zu tun, sondern auch damit, dass unsere Kirche die indigenen Gemeinden der Chortí in ihrem Widerstand gegen das Wasserkraftwerk begleitet. Es gibt ein mit einem Briefkopf versehenes offizielles Schreiben des Wasserwerkunternehmens, unterzeichnet von dessen Repräsentanten, in dem steht, dass die Gemeinden von Pfarrer Pilar der ILUGUA sowie von den Internationalen Brigaden für den Frieden und vom Kollektiv Madreselva finanziert würden, und dass dies eine Gruppe von Terroristen sei, die Menschen entführte und einsperrte, sie schlug, und die 250 Millionen US\$ Investitionen der Wasserwerksbetreiber gefährde.“ [Alvarez Cabrera]

Letztendlich wurden die Beschuldigungen gegen die drei zurückgezogen. Seit den Morddrohungen wird José Pilar Alvarez Cabrera immer von zwei Polizisten zum persönlichen Schutz begleitet.

Für die schwerwiegenden Angriffe auf herausragende Köpfe unter den Unterstützern der sozialen Bewegungen ist auf nationaler Ebene der Fall von Yuri Melini (CALAS) ein Beispiel. Er schildert folgendes:

„Ich war 2005 Opfer eines Attentats. Ein Mann näherte sich mir mit einer Zeitung in der Hand, und als ich mich ihm zuwandte, zog er seine Waffe und verletzte mich mit 16 Schüssen. Ich war monatelang auf Intensivstation und die Rehabilitierung kostete mich vier Jahre. Ich habe heute nur einen Lungenflügel und kann das rechte Bein nicht gut bewegen. Jedoch hatte ich Glück, andere starben. Yolanda Oqueli wurde im Protest gegen die Goldmine El Tambor vor zwei Jahren attackiert. Ein Jahr zuvor drangen sie in ihr Haus ein, bedrohten sie durchs Telefon. Wir haben einstweilige Maßnahmen der Kommission des Internationalen Gerichtshofs der Menschenrechte erlangt, aber es passierte nichts. Die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger_innen ist schwierig.“ [Melini]

Ein weiteres Beispiel der ganz gezielt auf herausragende Aktivisten der Gemeinden, die gegen die Implementierung von Megaprojekten auf ihrem Land mobilisiert haben, gerichtete Verfolgung, zeigt sich deutlich im Fall des Wasserkraftwerks Sta. Cruz Barillas, Huehuetenango. Es ist eine Filiale der spanischen Firma Hidralia, die in verschiedenen Regionen Guatemalas Projekte entwickelt. Im Kontext der Proteste der indigenen Bevölkerung gegen das Projekt wurden im Mai 2012 zunächst 23 Dorfbewohner_innen des Terrorismus, der Anstiftung und öffentlicher Unruhestiftung beschuldigt und inhaftiert. Danach wurde eine Person ermordet: Daniel Pedro Mateo. Einen Monat später entführte die zivile nationale Polizei Mynor López und seinen Neffen und wiederum einige Tage danach wurde M., eine Führungspersönlichkeit aus der Gemeinde, ebenfalls entführt, gewaltsam angefallen und mit der Pistole bedroht. Verschiedene Menschen aus

Barillas wurden ins Gefängnis gebracht, manche bis zu acht Monaten, ohne dass es einen Richterspruch zu den Verbrechen, die sie begangen haben sollen, gefällt wurde oder überhaupt Beweise vorgelegt wurden. Gegenwärtig häufen sich bei den Anführern der Gemeinden aus Barillas und Santa Eulalia zig Anzeigen. Dazu gehört auch der Fall von Rubén Herrera, der schließlich freikam, aber die Anzeige ist weiterhin anhängig bis zu einer endgültigen Entscheidung des Richters.“ [pbi (estudio de caso)]

5.2.4 Bedeutung der Unterstützung vor Ort und auf nationaler und internationaler Ebene

Wie kaum ein anderes Beispiel zeigt die Verhaftung und Freilassung des Pfarrers José Pilar Alvarez Cabrera, wie wichtig die Unterstützung vor Ort, auf nationaler und internationaler Ebene angesichts des Fehlens eines unparteiischen Rechtssystems in Guatemala ist. Sie spielt eine immense Rolle bei der erfolgreichen Verteidigung gegen die völlig unverhältnismäßigen und grundlosen Anschuldigungen und bei der Abwehr von tödlicher Bedrohung, bei denen es vor allem um die Behinderung der Arbeit der Menschenrechtsverteidigung geht.

Vor Ort begleitete ihn eine große Zahl der Menschen, die an der Aktion „No al candado“ teilnahmen, solidarisch zum Gefängnis und schützten ihn so. Über das Netzwerk auf das sich ILUGUA national und international stützen kann, sagt der Pfarrer:

„Es ist so, dass ILUGUA nie alleine gearbeitet hat, auch vor Ort werden wir von lokalen und nationalen Organisationen begleitet. Mit der Universität sind wir z. B. dabei eine Initiative für ein Gesetz voranzutreiben, das das Bergmassiv „Las Granadillas“ zum geschützten Reservat erklärt.“ [Alvarez Cabrera] Obwohl aufgrund der Initiative der politischen Handlanger der Finqueros der Region dieser Gesetzesvorschlag blockiert wird, ist dies, wie die Koordinatorin von UDEFEGUA, Claudia Samayoa, feststellt, ein großer Schritt vorwärts, weil solche Gesetzesinitiativen in Zukunft Konsequenzen auf nationaler Ebene haben könnten.

In Bezug auf die internationale Unterstützung sagt José Pilar Alvarez Cabrera: „Die kam nach meiner Verhaftung. Pbi kam, um uns zu begleiten und das Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte meldete sich ebenfalls. Im Moment meiner Verhaftung wurde ein Netz der Solidarität vor Ort und international aktiviert. Auf der örtlichen Ebene kamen die Nachbarn, die an der Verteidigung von „Las Granadillas“ beteiligt sind, zum Gefängnis, wo sie mich zuerst festhielten. Da war eine große Menschenmenge. Man brachte mich zu einer Instanz, die entschied, ob ich im Krankenhaus behandelt werden müsste, und die Leute liefen mit um mich zu begleiten. Ich wurde zum Richter zurückgebracht und schließlich entschied dieser auf den Rat des forensischen Mediziners hin, dass ich in ein privates Hospital in Zacapa überstellt wurde. In dieser Nacht schliefen die Leute im Garten des Krankenhauses.

Als man mich freiließ und auf Hausarrest setzte, begleiteten mich die Leute auf dem ganzen Weg. In der Hauptstadt erschien meine Inhaftierung in den Medien. Alle Welt rief mich an, das Oberservatorium der Menschenrechte in Genf nahm Stellung, auch die Weltorganisation gegen Folter. Brot für die Welt rief zur Solidarität auf und der Richter und die Regierung erhielten eine Menge Briefe. Zwei Tage nach meiner Überstellung in den Hausarrest schickte man mir persönlichen Polizeischutz. An diesem Tag kam es zu einem Dialog mit den Finqueros und man kam zu einer Vereinbarung darüber, dass diese das Vorhängeschloss an der Pforte auf dem Weg zum Berg abnahmen und die Gemeindebevölkerung ihre Blockade aufhob, die sie bis dahin gehalten hatte.“ [Alvarez Cabrera]

Der Versuch José Pilar Alvarez Cabrera durch Strafverfolgung von seiner Arbeit abzubringen endet mit der Einstellung des Verfahrens wegen Nichtigkeit. Unter diesem Aspekt ist die Geschichte von ILUGUA ein besonderer Fall, und dies nicht zuletzt aufgrund der Solidaritätsnetzwerke und der Unterstützung durch die Menschenrechtsverteidiger_innen.

Quellen

Personen, mit denen wir Interviews machten bzw. Gespräche führten und auf die wir uns in der Studie beziehen:

Alvarez Cabrera	Interview mit José Pilar Alvarez Cabrera am 25.1.2024
Boxus	Interview mit Padre Juan María Boxus , Diócesis Chiquimula, am 25.1.2024, Jocótan
Franco	Interview mit Zoel Franco (Instituto de Estudios Comparados en Ciencias Penales de <i>Guatemala</i> (ICPG) am 29.1.2014
Jerónimo	Interview mit Omar Jerónimo (Central Campesina Chortí Nuevo Día) am 24.1.2014, Jocotán
López	Interview mit Fernando López, Präsident des CIG, am 30.1.2014 Guatemala Stadt
María	Interview mit einer Promotorin von ILUGUA am 23.1.2014, Zacapa
Melini	Interview mit Dr. Yuri Melini (Koordinator von CALAS) am 29.1.2014, Guatemala Stadt
Paíz	Interview mit Gerado Paíz (Madreselva) am 20.1.2014
Papadopoulou / de la Torre	Gespräch mit Christina Papadopoulou und Carlos de la Torre im Oficina del Alto Comisionado para los Derechos Humanos, Guatemala am 21.1.2014.
Ramirez	Interview mit Lesly Ramirez am 24.1. 2014, Jocotán (Asociación Campesina Chortí Nuevo Día)
Rodenas	Gespräch mit M.A. Nery Rodenas, Director Ejecutivo de la Oficina de Derechos Humanos de Arzobispado de Guatemala am 27.1.2014
Samayoa	Interview mit Claudia Samayoa (Koordinatorin von UDEFEGUA) am 20.1.2014, Guatemala Stadt
Torres Rivas	Gespräch mit Dr. Edelberto Torres Rivas am 30.1.2014, Guatemala Stadt

Andere Quellen

ai	Amnesty international, AI: AMR 34/053/2002 4 de septiembre de 2002, www.acnur.org/t3/uploads/media/COI_559.pdf?view=1
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung – Webseite
CALAS	Centro de Acción Legal-Ambiental y Social de <i>Guatemala</i> (CALAS); http://www.calas.org.gt/
CECG	CECG llama a comunidad ecumenica a pronunciarse frente a ola de violencia social, Erklärung vom 19.3.2013
C-Fd	http://www.frontlinedefenders.org/es/taxonomy/term/6405
CONIC	Interview mit Juan Tinay am 28.1.2014
eP 17.6.13	(http://www.elperiodico.com.gt/es/20130617/pais/229843/?tpl=54)
eP12.2.14	(www.elperiodico.com.gt/es/20131125/investigacion/238525/12.2.20)

	14)
FLACSO	Bastos Santiago y Aura Cumes, coordinadores. Mayanización y vida cotidiana. La ideología multicultural en la sociedad guatemalteca. Volumen 1: Introducción y análisis generales. Guatemala: FLACSO-CIRMA-Cholsamaj, 2007.
hd	Center of Humanitarian Dialog: “Strengthening mediation to deal with criminal agendas”, N°002 - November 2013
HRW	Human Rights Watcher; www.hrw.org/americas/guatemala , 5.2.2012
IC	www.insightcrime.org ; (http://www.plazapublica.com.gt/content/insightcrimeorg-peten-de-politica-mafias-y-empresas)
ILUGUA	“Diaconia, “Acompañamiento Solidaridad y vida digna”, Iglesia Luterana Guatemalteca ILUGUA Zacapa-Guatemala, o.D.
madreselva	(http://madreselva.org.gt)
nl 3	Newsletter 3 – 2013 der Guatemala Solidarität Österreich, Wien
OACDH-cms	http://cms.fideck.com/userfiles/onu.org.gt/hector.morales/file/Publicaciones/Estudio_desalojos.pdf
OACDHGUA	Oficina del Alto de la Comisionado para los Derechos Humanos de las Naciones Unidas, Guatemala
OHCHR	Hochkommissariat der UNO für Menschenrechte
Palencia Prado	Palencia Prado, Mayra (Instituto de Investigaciones y Gerencia Política Universidad Rafael Landívar): “Elites y lógicas de acumulación en la modernización económica Guatemalteca”. (http://www.american.edu/clals/CA-Elites-Documents.cfm), 5.2.2014
pbi	Peace Brigades Internacional – Guatemala
pbi-fp	(http://www.pbi-guatemala.org/field-projects/pbi-guatemala/who-we-accompany/apmg)
RKC	“Tilted Scales: Social Conflict and Criminal Justice in Guatemala”, eine Studie des Robert F. Kennedy Center for Justice & Human Rights; Human rights Institute of Georgetown University Law Centers (122280_ABA_HumanRights_Txt.indd - jd_tilted_scales_eng)
UDFEGUA	Unidad de Protección a Defensoras y Defensores de Derechos Humanos, Guatemala
wrm	World rainforest movement; http://wrm.org.uy/es/articulos-del-boletin-wrm/seccion2/guatemala-la-palma-africana-promueve-En-un-nuevo-desplazamiento-de-comunidades-rurales

6 Anhang

Ausschnitt zum Thema Menschenrechtsverteidiger_innen aus dem jüngsten Bericht der OHCHR/GUA zum Jahr 2013

Human rights defenders

1. According to the Unit for the Protection of Human Rights Defenders (UDEFEFUGA), attacks and threats against human rights defenders increased in the past five years. By September, 18 murders had been reported by UDEFEFUGA. These included the killings of Carlos Hernández Mendoza, a member of the Camoteca Peasants' Association, in Chiquimula, in March; Exaltación Marcos

Ucelo, a member of the Council of Santa María Xalapán; and Daniel Pedro Mateo, leader of the Social Movement of Santa Eulalia in Santa Cruz Barillas, in April. These three cases took place in the context of conflicts related to the exploitation of natural resources.

2. During the year, the offices of the Association for the Advancement of the Social Sciences (AVANCSO) and the Central American Institute for Social Democracy Studies (DEMOS), the organization of the current Special Rapporteur on the promotion and protection of the right to freedom of opinion and expression, were broken into, and computers and documents stolen. According to preliminary investigations, these cases were common crimes, and the alleged perpetrators were detained. A break-in at the home of an attorney of the Centre for Legal Action in Environment and Social Issues (CALAS) was also reported; to date there has been no progress in the investigation.
3. OHCHR-Guatemala observed that protests by communities and social organizations against projects for the exploitation of natural resources frequently triggered criminal proceedings against protestors with charges such as terrorism and criminal conspiracy, which appear disproportionate to the gravity of the alleged offences.³ Several cases were dismissed by the judiciary due to the lack of evidence and the inability to prove individual responsibility. Examples include the case of Rubén Herrera, a member of the Assembly of Peoples of Huehuetenango, charged on 12 counts (including terrorism), who was released in May, and the cases of 26 people detained in San Rafael las Flores, in April, on charges of “illegal crowd” and attacks on public authorities, who were subsequently released due to lack of evidence.
4. In August, the Human Rights Ombudsman issued a resolution, based on human rights standards, in which he declared that all publications and speeches that stigmatize and discredit human rights defenders are an attack against their dignity, incite hatred and delegitimize their work.⁴
5. The Unit for the Analysis of Attacks against Human Rights Defenders lost relevance, despite efforts by several institutions to reclaim its role. The representatives of the institutions participating in the Unit were replaced by technical officers, which contributed to the decision by some civil society organizations to no longer participate in the Unit. After the murders of four journalists, the Government launched a protection mechanism for media workers with the accompaniment of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) and OHCHR-Guatemala.

³ A/HRC/22/17/Add.1, para. 49.

⁴ PDH.REF.EXP.ORD.GUA.829-2012/A.